Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 5 500 000 Mark. In den Ausgabestellen monatl. 5 000 000 Mk. Bei Postbezug monatl 5486 000 Mk. Unter Streifb. in Polen monatl. 9 000 000 Mk. Danzig 2,5 Guld. Deutschl. 2,5 Rmk. Einzelnummer 300 000 M., Sonn- u. Feiertags 350 000 M. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung od. Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitg. od. Rückzahlg. d. Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 200 000 Mark, die 90 mm breite Reklamezeile 1 000 000 M. Danzig 15 bz. 75 Dz.Pf. Deutschland 15 bzw. 75 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 500 000 Mk. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 51. Bromberg, Sonnabend den 1. März 1924. 48. Jahrg.

Kierskis Entdeutschungsprogramm.

Der bekannte Posener Publizist Kasimir **Kierski** hat einem Mitarbeiter der „**Rzeczpospolita**“ ein Interview gewährt, in dem er sein Programm für die Entdeutschung der westlichen Wojewodschaften Polens entwickelt. Dieses Programm enthält folgende Postulate:

„Polen muß, um bestehen zu können und stark zu sein, ein **Nationalstaat werden** statt eines Nationalitätenstaates. Nach den Rechten, wie sie im Versailler Friedensvertrage festgelegt sind, würden in Großpolen und Pommerellen etwa 200 000—250 000 **Deutsche** verbleiben, polnische Staatsangehörige, welche die ihnen in der Verfassung garantierte allgemeine bürgerliche Gleichberechtigung genießen könnten. Das wäre ein so geringer Prozentsatz, daß die Frage der deutschen Minderheit in den beiden westlichen Wojewodschaften tatsächlich zu bestehen aufhören würde. Dieses Ziel zu erreichen, hängt von der einmütigen **Zusammenarbeit** einiger **Ministerien** und der **zentralen Behörden** ab. Dazu ist erforderlich:

1. Das Hauptliquidationsamt und besonders das von ihm geschaffene Liquidationskomitee in Posen sollte energisch zur **Liquidation der privaten Besitztümer** schreiten, die **reichsdeutschen Staatsbürgern** gehören. Die Liquidation muß in möglichst kurzer Zeit durchgeführt werden. Wegen gewisser Vernachlässigungen weiß man bisher nicht genau, welche Objekte der Liquidation unterliegen, und wie groß ihre Zahl ist. Angemeldet und registriert sind kaum einige Dutzend großer Besitzungen, 2500 Ansiedlungen, ungefähr 1000 Wohnhäuser und 800 Handels- und industrielle Niederlassungen. In Wirklichkeit gibt es dieser Besitztümer erheblich mehr. Ihre Liquidation ist in **jeder** Beziehung — in nationaler, politischer, militärischer und wirtschaftlicher — ungemein wichtig. Man muß wissen, daß noch jetzt die Deutschen in den beiden westlichen Wojewodschaften 57 Prozent der gesamten Landfläche besitzen, obgleich sie selbst nicht einmal 17 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Eine in beträchtlichem Umfange einsetzende Liquidation der Ansiedlungen würde den Landhunger in Westpolen stillen.

Mit Bedauern muß ich die Tatsache feststellen, daß wir den **günstigsten Zeitpunkt** für die Liquidation haben **vorübergehen** lassen. **Seit drei Jahren** habe ich, wo und wie ich konnte, auf die uns in dieser Beziehung drohende Gefahr hingewiesen. Leider war dies die Stimme eines Rufers in der Wüste.

Gegenwärtig ist die Liquidation ungemein erschwert, vor allem deswegen, weil sie riesige Kapitalien erfordert, die wir nicht besitzen.

Die ganze Hoffnung ruht jetzt auf dem neuen Vorsitzenden des Liquidationskomitees, zu dem bekanntlich Professor B. **Winiarski** berufen wurde. Dieser hat erklärt, daß er den unverbrüchlichen Willen habe, die Liquidation durchzuführen, und er hat sich verpflichtet, den wichtigsten Teil im Laufe eines Jahres zu erledigen. Damit er dies jedoch kann, muß man ihm ein **beträchtliches Betriebskapital** zur Verfügung stellen, dem Liquidationskomitee eine größere Unabhängigkeit geben und aus den Vorschriften über die Liquidation alles entfernen, was ihre Durchführung erschwert. Es läge dies in **beiderseitigem Interesse der Deutschen und der Polen.**

2. Das Ministerium für die Agrarreform müßte das **Bezirkslandamt** in Posen anweisen:

a) eine **Aufstellung** derjenigen Ansiedlungen anzufertigen, die der Liquidation unterliegen. Diese Ansiedlungen sollte es für die Zwecke der Agrarreform übernehmen. Eine große Hilfe kann in dieser Beziehung die **Agrarbank** leisten, die in der nächsten Zeit in Posen errichtet werden soll.

b) Das genannte Ministerium müßte dem Bezirkslandamt ferner auftragen, von den Rechten, welche sich die frühere Ansiedlungskommission in den Verträgen mit den Ansiedlern bezüglich des Rückfalls der Ansiedlungen an den Staat im Falle **Verkaufs** oder des **Todes** des Ansiedlers vorbehalten hat, **ausgiebigsten Gebrauch** zu machen. (Vor der Übernahme des Amtes durch den jetzigen Vorsitzenden Dr. **Borszewski** gab es in dieser Beziehung strafwürdige Unterlassungen.)

3. Das Innenministerium müßte

a) dazu übergehen, unverzüglich aus den Staatsgrenzen die deutschen Staatsangehörigen auszuweisen, desgl. diejenigen Deutschen, die für Deutschland **optiert** haben. Entgegen der Ansicht von Personen, die mit den Grundsätzen des internationalen Rechts nicht genügend vertraut sind, kann die polnische Regierung dieses Recht nicht nur auf Grund des Versailler Vertrages für sich beanspruchen, sondern auch auf Grund der bisherigen internationalen Praxis. So verfuhr auch Deutschland im Jahre 1872 nach der Übernahme von Elsaß-Lothringen.

b) die zahlreichen Eingaben von Deutschen wegen der **Verleihung der polnischen Staatsangehörigkeit nicht berücksichtigen.**

4. Das Außenministerium müßte

a) feststehen auf der Wacht über die polnischen Rechte und Interessen sowohl gegenüber dem **Völkerbund** und anderen internationalen Organen und Faktoren, wie auch bei den **Verhandlungen mit Deutschland**, die von neuem aufgenommen wurden;

b) sich mit dem Ministerium des Innern bezüglich der **Ausweisung der Optanten** verständigen;

c) endgültig die Frage zur Entscheidung bringen, ob das Besitztum derjenigen Personen, die zu den sogenannten **mediatisierten Familien** gehören, auf Grund des Art. 256 des Versailler Vertrages auf den polnischen Staat übergeht oder gleichfalls der Liquidation unterliegt.

5. Das Ministerium für die religiösen Bekenntnisse und die öffentliche Aufklärung muß

a) die rechtlichen Verhältnisse der **evangelischen Kirche in Polen** festsetzen und eine von Berlin unabhängige Organisation derselben schaffen entsprechend dem Art. 115 der Verfassung;

b) in Sachen des **deutschen Schulwesens** nicht über die Grenze der Berechtigungen hinausgehen, die den Deutschen durch den Minderheitenschutzvertrag zuerkannt sind.

Wie Sie sehen — so schloß Herr **Kierski** seine Auskunft an den Vertreter der „**Rzeczpospolita**“ — stützt sich mein Programm genau auf **Rechtsgrundlagen**. Als **Jurist** konnte ich ein **anderes** Programm nicht aufstellen. Daß die **Deutschen** mich bekämpfen, darüber wundere ich mich nicht, denn die Rechtsgrundlage ist für sie sehr ungünstig. Aber ich kann nicht begreifen,

warum mich einige Warschauer Kreise für eine Art Deutschenfresser ansehen.

Ich bin **nur Jurist** und ein **Wirklichkeitsmensch**, der die hiesigen Deutschen **genau kennt** und deswegen auch keine Illusionen bezüglich ihrer wirklichen Stimmung gegenüber dem polnischen Staate bei sich aufkommen läßt.“ —

*

Das „auf Rechtsgrundlagen“ beruhende Programm des „Juristen“ Kierski, das weder mit dem geschriebenen noch mit dem ungeschriebenen Recht etwas gemein hat, wird uns noch ausführlich beschäftigen. Wir sind zu einer Entgegnung nicht nur als angegriffene Partei berechtigt, sondern fühlen uns auch als **polnische** Staatsangehörige verpflichtet, die trotz des juristischen Mäntelchens in ihrer brutalen Nacktheit erscheinende „Beutepolitik“ des Herrn Kierski (wir zitieren sein eigenes Wort) energisch zurückzuweisen.

„Gott schuf die Hände zum Nehmen — das ist ein **russisches Wort**“ sagt Adam **Mickiewicz**, Polens größter Dichter, der stolz darauf war, mit Goethe Freundschaft zu halten, in seinem „Pan Tadeusz“. Wir achten die polnische Nationalität so hoch, daß wir es für die polnische Volksseele als **Beleidigung** empfinden müssen, wenn man polnischen Regierungsorganen russische Methoden anempfiehlt.

In preußischer Zeit hat selbst in den Jahrzehnten der schärfsten Polenpolitik (1896—1913) die polnische Bevölkerung im ehemals preußischen Teilgebiet absolut und relativ zugenommen. An Grundbesitz verloren die Deutschen in jenen Jahrzehnten 98 000 ha. Rechnet man hinzu die Erwerbungen der Polen in den Nachbarprovinzen, so ergibt sich ein deutscher Gesamtverlust von mehr als 120 000 Hektar. Heute verlangt Herr Kierski, dem wir sowohl die Kenntnis unseres Gebietes, wie unseres Volkes absprechen müssen, daß von den 1 120 000 Deutschen, die im Friedensvertrage von Versailles ohne Volksabstimmung abgetreten wurden, nur der sechste Teil im Lande verbleiben darf, und daß der deutsche Grundbesitz selbst dann liquidiert werden soll, wenn keine Kapitalien für diese Liquidation zur Verfügung stehen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, daß die polnische Ansiedlungsbank (Bank Ziemski), die im Jahre 1888 durch eine mangelhafte Verwaltung an den Rand des Abgrundes gebracht wurde, ihre Rettung vom preußischen Staat erwartete und dadurch erhielt, daß sich die preußische Regierung bereit erklärte, den Polen bei der Schaffung von Siedlungen durch die Staatliche Rentenbank Kredite zu gewähren.

Für eine Entdeutschungspolitik des „Juristen“ Kierski ist weder in den internationalen Verträgen noch in der polnischen Verfassung eine Rechtsgrundlage geschaffen. Nicht einmal eine Vergeltungspolitik nach dem jüdischen Grundsatz „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ kann das staatsgefährliche Programm des selbstbewußten Sachverständigen für internationale Rechtsfragen, der vor dem Völkerbund auf der Wacht steht, und die Richter des höchsten Welttribunals im Haag als pflichtvergessene Tendenzpolitiker hinstellt, rechtfertigen. Denn in Preußen, dessen Polenpolitik wir keineswegs verteidigen wollen, geschah das Gegenteil von dem, was hier verlangt wird.

Die Polenmark am 29. Februar

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig:	1 Dollar	= 9 400 000 p. M.
	1 Million p. M.	= 0,63 Gulden
Warschau:	1 Dollar	= 9 300 000 p. M.
	1 Danz. Gulden	= 1 600 000 p. M.
Valorisationsfrank:		1 800 000 p. M.
Goldmark (P.K.K.P.):		2 191 00 p. M.

Dunkelstes Mittelalter!

Der Terror des Westmarkenvereins.

Mit welcher Ungeniertheit der polnische Hakatismus alias Westmarkenverein seine **Entdeutschungspolitik** betreibt, geht aus einem Bericht hervor, den der Kreisrat des Westmarkenvereins in **Samter** im „**Kurjer Poznański**“ veröffentlicht.

In **Obersitzko** hatte ein Herr **Petrich**, der für Deutschland **optiert** hat aber nachträglich die polnische Staatsangehörigkeit wiedererlangen wollte, **von einigen polnischen Stadtverordneten und Stadträten** in Obersitzko **Unterschriften erhalten**, die sein Gesuch um Erlangung der polnischen Staatsbürgerschaft unterstützen sollten. Dieser Vorgang hat auf die Ortsgruppe Samter des Westmarkenvereins direkt aufreizend gewirkt. Es wurde sofort eine Volksversammlung oder richtiger eine **Versammlung des Westmarkenvereins** nach Obersitzko einberufen, um über die polnischen Missetäter zu Gericht zu sitzen. Nach Erstattung eines längeren Berichts über die Angelegenheit entwickelte sich eine lebhafte Diskussion über den Fall, in der nach dem Bericht des Westmarkenvereins u. a. gesagt wurde, es sei eine alte Praxis, daß die Besitzer der deutschen Güter bei sich Arbeiter aufnehmen, die von den polnischen Besitzern entlassen worden sind. Man muß darin eine neue Methode erblicken, wie die Deutschen sich bei den unzufriedenen Elementen beliebt zu machen trachten. Auf der anderen Seite müßte aber darauf geachtet werden, daß in den heutigen kritischen Zeiten keine Unzufriedenheit hervorgerufen wird.

Als Beweis der polnischen Nachgiebigkeit gegenüber den Deutschen erwähnte ein Herr **Adamski** die **Zuckerfabrik Samter**, die dank der Unterstützung einiger polnischer Mitglieder der Zuckerfabrik mit Herrn **von Twardowski** an der Spitze ein „Hort des Hakatismus“ sei. (Herr von Twardowski ist gleichfalls ein Pole! D. Red.) Darauf wurde eine Entschließung angenommen, die in den ersten Sätzen das bekannte Cliché darstellt. Dann heißt es aber nach dem Bericht des Westmarkenvereins in der Entschließung weiter:

„Die Versammlung **verurteilt** diejenigen Polen in Obersitzko und Umgegend, die mit voller Kenntnis des Schadens (?), der der polnischen Sache daraus erwächst, und entgegen dem Willen der **ganzen** (?) polnischen Gemeinschaft durch ihre Unterschriften bemüht waren, dem deutschen Optanten Petrich den Aufenthalt in Polen zu ermöglichen.

Die Versammlung **verlangt** von den Stadtverordneten der Stadt Obersitzko und den Mitgliedern des Magistrats, die, als sie unter die Petition Petrichs ihre Unterschriften setzten, sich **gegen** (?) die Pflichten des polnischen Staatsbürgers vergangen haben, sofort **ihre Ämter** in der städtischen Vertretung und im Magistrat **niederzulegen**.

Die Versammlung **bedauert**, daß zur **Entdeutschung des Kreises** die Landwirtschaft des hiesigen Kreises nicht genügend beiträgt, da sie in der **Zuckerfabrik Samter** einen deutschen Vorstand duldet. Die Versammlung, die den Patriotismus der polnischen Landwirtschaft kennt, wendet sich an die Landwirtschaft des hiesigen Kreises, mit allen Kräften die Entdeutschung dieses hakatistischen Postens zu bewirken.“

Dieser Entschließung fügt der Kreisrat des Westmarkenvereins folgenden Schluß hinzu:

„Diesen Bericht bringen wir **als abschreckendes Beispiel** der Verurteilung zur öffentlichen Kenntnis **als Warnung** für **andere** Städte, in denen deutsche Optanten gleichfalls Polen auffordern könnten, ihnen für polenfeindliche (??!) Zwecke Hilfe zu leisten.“

*

Dieser Bericht, der, wie schon erwähnt, von einem Kreisrat des Westmarkenvereins unterzeichnet ist — vermutlich ging er selbst dem hakatistischen „Kurjer Pozn.“ über die Hutschnur, so daß er die moralische Verantwortung dafür dem Verein überließ — enthüllt den ganzen Terrorismus, den dieser Verein gegen die friedfertigen Kreise der polnischen Bevölkerung, die trotz aller gegenteiligen Behauptungen der Hetzpresse die Mehrheit darstellen, ausübt. Überaus charakteristisch ist der oben zitierte Schlußsatz des Berichts, der jeden mit der öffentlichen Brandmarkung bedroht, der den Haßtendenzen des Vereins eine selbständige Meinung entgegensetzt. Dieser unerhörte Druck muß mit der Zeit einen Gegendruck hervorrufen, denn wir können uns nicht denken, daß sich die polnische Volksgemeinschaft dauernd von einer Handvoll Dunkelmänner vergewaltigen läßt. Jedem Einsichtigen auf polnischer wie auf deutscher Seite muß es klar sein, daß die Würde, das Ansehen und die Sicherheit des Staates nicht schwerer geschädigt werden können als durch die mittelalterlichen Kampfmethoden des Westmarkenvereins.

Das Exposé des Außenministers Zamoyski.

Fortsetzung der Debatte in der Sejmkommission.

Warschau, 29. Februar. **PAT.** In der Sejmkommission für auswärtige Angelegenheiten wurde gestern die **Besprechung über das Exposé des Außenministers** Grafen Zamoyski fortgesetzt. In der Diskussion ergriff als letzter Redner Abg. **Dębski** (Piast) das Wort: Eines der bedeutendsten Momente der gegenwärtigen europäischen Politik ist zweifellos, nach Ansicht des Redners, der Umstand, daß in England die Regierung **Macdonalds** ans Ruder kam. Die Regierungsänderung in England gibt Polen keinen Grund, die bisher gegenüber England betriebene Politik in irgendeiner Weise zu ändern. Die polnische Politik ist unbedingt und streng friedlich. Dasselbe Ziel verfolgen unsere Bundesgenossen. Polen droht niemandem und verheimlicht auch nichts. Unsere Bündnisse dienen denselben friedlichen Idealen, die der Völkerbundrat auf sein Panier geschrieben hat. Daher stellt sich die Frage, Bündnisse oder Unterstützung des Völkerbundes, so dar, daß unsere Bündnisse einen Charakter der Verteidigung tragen, doch dies widerspricht nicht den Idealen des Völkerbundes. Wir unterstreichen dies zu wenig im Auslande. Und wir sprechen auch zu wenig die nachkriegszeitliche Sprache. In der Welt erobert sich heute gegenüber egoistischen wirtschaftlichen Interessen die idealistische Parole den Platz. Sogar egoistische Staaten gebrauchen in der Diplomatie die idealistische Sprache. Darauf müssen wir achten. Vorsicht ist jedoch geboten. Das größte Interesse beanspruchen die **französisch-deutschen Verhältnisse**, die von den französisch-englischen abhängig gemacht werden. Polen ist daran interessiert, daß das Versailler Traktat mit seinen Konsequenzen auch auf dem Gebiet der Entschädigungen erhalten bleibt. Die Stimmen, die eine **größere Selbständigkeit und Unabhängigkeit unserer Auslandspolitik von Frankreich** verlangen, mögen **vollkommen gerechtfertigt** sein. Doch im gegenwärtigen Augenblick könnten sie mit Rücksicht auf die stärkere feindliche Propaganda schädlich sein. An unserem Bündnis mit Frankreich müssen wir auf jeden Fall festhalten.

Nachdem die Liste der Redner erschöpft war, sprach der **Außenminister**, der einleitend hervorhob, daß die gegenwärtige Regierung in erster Linie zur Sanierung der Finanzen berufen wurde. Zur Sanierung der Finanzen ist unbedingt der Friede nötig. Und daher muß die Auslandspolitik Polens streng friedlich sein. Pflicht des Leiters der polnischen Außenpolitik ist es auch, das allgemeine Vertrauen zu unseren friedlichen Tendenzen zu erwecken und die systematische uns feindliche Propaganda zu bekämpfen. Das **Verhältnis Polens zum Völkerbund** muß in der bisherigen Form aufrecht erhalten werden, und daher ist unsere Vertretung im Völkerbund ebenso wichtig, wie unsere Vertretung bei den Regierungen der Großmächte. Um im Völkerbundrat einen entsprechenden Einfluß zu gewinnen, müssen wir danach streben, die **strittigen Fragen zu liquidieren** und in einen nahen Kontakt mit anderen Staaten zu kommen, die der Liga angehören. Einen Schritt vorwärts nach dieser Richtung hin stellen die Beschlüsse der kürzlich in Warschau stattgefundenen Konferenz der Baltenstaaten dar, die die Zusammenarbeit der interessierten Staaten auf dem Gebiet der Liga und die Vorbereitung eines gemeinsamen Auftretens anstreben.

In Betracht kommt hier auch die Kleine Entente, deren Programm uns zwar nicht direkt betrifft, jedoch indirekt insofern, als die Kleine Entente es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Traktate der Friedenskonferenz in Paris aufrecht zu erhalten.

Die Politik Polens beruht auf dem Bündnis mit Frankreich, schließt aber die Annäherung mit anderen alliierten Staaten vor allem mit England nicht aus und in unserem Interesse liegt die Zusammenarbeit Frankreichs mit England. Nochmals auf die Baltische Konferenz zurückkommend, sagte der Minister, daß dies eine gewöhnliche periodische Zusammenkunft der Außenminister der vier Staaten gewesen ist. Die Konferenz habe ein großes Verständnis für unsere Forderungen gezeigt und eine Atmosphäre wahrhafter Herzlichkeit herausgebildet. In bezug auf Polens Verhältnis zu Danzig erklärte Graf Zamoyski, daß, wenngleich bis dahin verschiedene Reibungen und Mißverständnisse vorkamen, man jedoch heute die Hoffnung nähren kann, daß diese Frage einer glücklicheren Lösung entgegengeht. Die Danziger- und die Memelfrage hält der Minister für ungeheuer wichtig, und er will keine Arbeit scheuen, damit diese Fragen auf eine für Polen günstige Bahn gelenkt werden. In der Memelfrage steht die Regierung auch fernerhin auf dem Boden des Memeler Statuts, das durch den Botschafterrat festgesetzt wurde. Die nach Kowno einberufene Konferenz der Baltenstaaten wird von drei Staaten beschickt werden, d. h. von Estland, Lettland und Litauen. In der Konferenz werden Fragen über den Abschluß von Handelsverträgen zwischen den konferierenden Staaten behandelt werden.

Damit war die Diskussion beendet und die Sitzung der Kommission wurde geschlossen.

Für die Unterstützung der Landwirtschaft.

Die durch anormale Preisentwicklung in der Landwirtschaft einerseits und durch die überaus starke steuerliche Inanspruchnahme anderseits geschaffene Lage veranlaßte Senator Hasbach in der Agrarkommission des Senates den Antrag auf Beratung und Stellungnahme zu dem überaus wichtigen Problem auf Ausfuhr der überschüssigen landwirtschaftlichen Produkte zu stellen. Nach mehrtägiger Beratung wurde folgender Dringlichkeitsantrag eingebracht, der Unterschriften beteiligter Kreise aus den verschiedensten Fraktionen des Senates trägt. Es erfolgte die Überweisung des Antrages an die zuständige Kommission. Die Diskussion im Plenum ist für die nächste Sitzung zu erwarten.

Dringlichkeitsantrag

der Senatoren der Piastenpartei, des Związek Ludowo-Narodowy, der Chadecja und der Deutschen Vereinigung mit dem Ziele, die Landwirtschaft zu unterstützen; der niedrige Preisstand aller landwirtschaftlichen Produkte muß eine wesentliche Verringerung der landwirtschaftlichen Produktion zur Folge haben.

1. Die bisherige Wirtschaftspolitik unserer Regierungen bewegte sich in erster Linie in der Richtung der Unterstützung der Industrie. Nachdem die Industrie ihren Wiederaufbau und ihre Entwicklung getätigt hat, muß die Wirtschaftspolitik in Polen nach dieser Richtung hin ihre Marschroute ändern und sich der Unterstützung der Landwirtschaft zuwenden, in der 70 Prozent aller Einwohner des Landes tätig sind. Das Ausfuhrverbot von Landwirtschaftsprodukten insonderheit von Getreide, Eiern, Geflügel und Schweinen war solange begründet, als ein Mangel an diesen Artikeln im Lande bestand. Heute haben wir einen Überfluß an Lebensmitteln und das Ausfuhrverbot hat im Verhältnis zu allen Industrieprodukten, die der Landwirt kaufen muß, außerordentlich niedrige Preise für landwirtschaftliche Produkte zur Folge gehabt. Die Produktionskosten der Landwirtschaft finden keine Deckung und der Landwirt ist genötigt, Ersparnisse an solchen Aufwendungen zu machen, die für die Aufrechterhaltung der Kultur und der Produktionsfähigkeit notwendig sind. Ein solcher Zustand muß notwendig das Produktionsergebnis beeinträchtigen. Dies muß im Interesse des ganzen Landes und aller Berufe verhindert werden, da es schließlich auch zum Stillstand in der Industrie führen muß.

Mit Rücksicht auf die bestehende wirtschaftliche Krisis und die damit verbundene Arbeitslosigkeit, die unser Staatswesen zurzeit durchlebt, erscheint es nicht erwünscht, daß die landwirtschaftlichen Produkte, insonderheit das Brotgetreide, sprunghaft im Preise steigen. Eine Sorge nach der Richtung hin besteht jedoch nicht, da unsere Eisenbahn nur einen kleinen Teil unseres Überschusses an landwirtschaftlichen Produkten (monatlich 10—12 000 Waggon) zu exportieren in der Lage sind.

2. Die Abgabe an den Staatsschatz und die hohen Eisenbahntarife haben zur Folge, daß der Landwirt, der bisher Getreide für den Export angemeldet hat, einen niedrigeren Preis für das Ausfuhrgetreide erhält als derjenige, der sein Getreide auf den inländischen Markt zum Verkauf bringt. Dies ist eine Ungerechtigkeit, die durch Streichung der Abgabe für den Staat ausgeglichen werden muß.

Der Hohe Senat möge beschließen:

Der Senat fordert die Regierung auf:

1. Die Genehmigung zur Ausfuhr ländlicher Erzeugnisse, insonderheit von Getreide (soweit dieses möglich ist in Gestalt von Mehl) sowie anderer ländlicher Produkte wie Eier, Geflügel, Schweine (diese letzteren in Gestalt von Konserven und Räucherwaren) zu erteilen.
2. Die Regierung möge die Ausfuhrgebühr für Getreide, das zur Bezahlung der Vermögenssteuer dienen sollte, auf 5 Prozent ermäßigen.

Warschau, den 27. Februar 1924.

Die Antragsteller:
Dam. Gersztański. J. Blykosz. M. Boganowski.
Wł. Grabski. Jan Kowalczyk. Leon Lubieński.
L. Markowicz. Szuldrzyński. Hasbach. Gruetzmacher.
Polczyński. Szczeponik. J. Bojko.

Nochmals die Baltenkonferenz.

Kowno gegen Polen.

Wilna, 29. Februar. Aus Kowno wird gemeldet: Die Konferenz der Baltenstaaten in Warschau hat einen lauten Widerhall in Kowno gefunden. Die Kownoer Regierungsblätter betonen bei dieser Gelegenheit die katastrophale wirtschaftliche Lage Polens und begründen diese Behauptung mit den Erklärungen Hilton Youngs. Auf Grund dieser Erklärungen kommen die Kownoer amtlichen Regierungsblätter zu dem Schluß, daß ein Bündnis mit Polen für die Baltenstaaten mehr Gefahr als Nutzen bringt. Finnland raten die Kownoer Zeitungen, von einem Einvernehmen mit den skandinavischen Staaten so viel als möglich Nutzen zu ziehen. In den Kownoer Regierungsblättern ist eine besondere Zuvorkommenheit im Verhältnis zu Finnland zu sehen, bei einem deutlichen Unwillen gegenüber Lettland und Estland.

*

Der Standpunkt Finnlands.

Aus Riga wird gemeldet: Die Zeitung „Latvias Kareiwis“ bringt einen Artikel mit der Überschrift „Weder vorwärts noch rückwärts“, in dem bei Besprechung der Ergebnisse der Baltenstaaten in Warschau gesagt wird, daß das Ergebnis weniger günstig war, als es die Anhänger einer Annäherung der Baltenstaaten erwarteten. Als Hauptursache dieses Mißlingens hält das Blatt den Standpunkt Finnlands, das eine eigenartige Politik der Neutralität treibe. Auf Grund der bisherigen Politik Finnlands könne man zu dem Schluß kommen, daß es eine vergebliche Mühe wäre, Finnland in den Verband der Baltenstaaten mit einzubeziehen.

*

Lettland — Estland — Litauen.

Im Zusammenhang mit den Mitteilungen, die in polnischen Zeitungen über die Erklärungen des lettischen Außenministers Sehja über die Ergebnisse der Konferenz in Warschau erschienen, erklärt die Presseabteilung des lettischen Außenministers, daß Sehja sich über die Ergebnisse der Warschauer Konferenz wie folgt ausgelassen hat: „Wieder ein Schritt vorwärts zur gemeinsamen Arbeit der Baltischen Staaten.“ In bezug auf die Kownoer Konferenz gab der Minister seinem Zweifel darüber Ausdruck, ob sich Litauen vollkommen den estnisch-lettischen Wirtschaftsverhandlungen wird anschließen können, da die litauische Delegation, die kürzlich in Riga weilte, sich in der Presse gegen den Art. 7 des Abkommens ausgesprochen hat, der den Abschluß einer Handelsunion betrifft.

Französische Dämmerung.

Briand gegen Poincarés Ruhrpolitik.

Am vergangenen Sonntag hat Aristide Briand, der frühere französische Ministerpräsident und Vorgänger Poincarés, in einer groß angelegten Rede, welche die Sensation des Tages bildet, nach der „Köln. Ztg.“ etwa folgendes ausgeführt:

„Solange er (Briand) Ministerpräsident gewesen sei, habe er darauf hingearbeitet, die Einigkeit unter den Verbündeten aufrechtzuerhalten und den Frieden zu regeln. Angesichts der Ungeduld der öffentlichen Meinung habe er die Ministerpräsidentschaft niederlegen müssen, jedoch ein tiefes Gefühl dafür bewahrt, daß Frankreichs Rechte und Sicherheit nur durch internationale Lösungen gewährleistet werden könnten. Im Jahre 1921, als er Ministerpräsident gewesen sei, habe Frankreich von Deutschland mehr erhalten, als in den folgenden Jahren. Er bezweifle, daß eine befriedigendere Lösung als diejenige, die er in Cannes vorgeschlagen habe, gefunden werden könne. Man beginne einzusehen, **daß die militärische Geste nicht immer als das beste Mittel erscheine,** um alle Fragen zu lösen. Das Problem des Frankenkurses sei eng mit der auswärtigen Lage verbunden. Als er die Ministerpräsident niedergelegt habe, habe der Dollar auf 17 gestanden, jedesmal, wenn Verhandlungen mit den Verbündeten eingeleitet worden seien, sei der Franken gestiegen und hierdurch die Lebensmittelverteuerung vermindert worden. In der Stunde, in der die französische Regierung den Beweis gegeben habe, daß sie bereit sei, auf der Grundlage der Arbeiten der Sachverständigen zu verhandeln, sei die so bedrohliche Spannung auf dem Wechselmarkt angehalten worden. Wenn die Verhandlungen wieder aufgenommen würden, werde auch das Vertrauen wiederkehren. Man müsse eine Atmosphäre der Sicherheit schaffen. Deutschland müsse fühlen, daß die wieder vereinigten Länder Europas ihm einen wirklichen Frieden aufzwängen. Wenn nach der Kammerwahl Frankreich mit seinen republikanischen und pazifistischen Absichten wieder in die Erscheinung treten werde, dann würden die verbündeten Länder Frankreich nicht mehr unter dem falschen Schein eines Unterdrückers erblicken. **Ein Krieg sei nicht mehr möglich. Frankreich wolle ihn nicht mehr**

Über Deutschland sagte Briand nach einem späteren Bericht noch folgendes:

Infolge des Krieges sei Deutschland wie alle kriegführenden Staten verarmt und könne die ungeheure Summe, die es auf Grund des Versailler Vertrages schulde, nicht bezahlen. Es wäre gut gewesen, ihm den notwendigen Zahlungsaufschub zu gewähren, damit es sein finanzielles Gleichgewicht wieder hätte finden können. Man hätte ihm durch internationale Anleihen helfen sollen, die gleichzeitig Frankreich gestattet hätten, einen Teil seiner Schulden abzutragen. Um jetzt eine Sicherheit für den interatinalen Anleiheplan zu ermöglichen, müsse Frankreich die Folgerungen der von Deutschland verlangten Zahlungsfrist übernehmen. Es wäre verwunderlich, wenn die loyalen Bemühungen nicht ein befriedigendes Ergebnis bringen sollten, wodurch Deutschland gezwungen würde, auf jeden Gedanke der Revanche zu verzichten. Er gehöre jedenfalls nicht zu denen, **die behaupteten, Deutschland müsse schikaniert werden. Deutschland habe neben seinen schlechten auch seine guten Seiten.**

Rücktritt des belgischen Kabinetts.

Das Eingeständnis des Fiaskos der Ruhrbesetzung.

Brüssel, 28. Februar. Die Kammer lehnte mit 95 gegen 79 Stimmen den Entwurf eines Wirtschaftsvertrages zwischen Frankreich und Belgien ab. Nach der Abstimmung erklärte Theunis, daß die Regierung, da sie anläßlich dieser Abstimmung die Vertrauensfrage gestellt hätte, dem König ihre Demission einreichen werde.

Das Abkommen, das den Sturz der belgischen Regierung veranlaßte, ist gleich nach seiner Unterzeichnung von den belgischen Wirtschaftskreisen lebhaft kritisiert worden. Man warf der belgischen Regierung vor, aus rein politischen Gründen wirtschaftliche Lebensinteressen Belgiens geopfert zu haben.

Bei der entscheidenden Abstimmung hat ein Teil der katholischen Rechten und der Sozialisten gegen das Wirtschaftsabkommen gestimmt.

Der Rücktritt des Kabinetts ist eigentlich nichts anderes als ein Eingeständnis des Fiaskos der Ruhrbesetzung, die über Belgien eine schwere wirtschaftliche Krise gebracht hat.

Der Hitler-Prozeß.

Am Mittwoch wurden die Angeklagten Oberleutnant Weber und Polizeipräsident a. D. Pochner verhört, die Hitlers Ausführungen durchaus bestätigen. Die Eröffnung der Donnerstag-Verhandlung zog sich bis ½10 Uhr vormittags hin, da der General Ludendorff bei der Fahrt zum Gerichtsgebäude eine Autopanne erlitt. Zunächst wurden seitens der Verteidigung einige Feststellungen gemacht, die sich auf die verlangte Zeugenschaft des Kapitänleutnants Ehrhardt bezogen.

Der Angeklagte Oberstleutnant Kriebel verlangt bald nach Beginn seiner Vernehmung den Ausschluß der Öffentlichkeit, da er Angaben zu machen habe, deren Erörterung in der Öffentlichkeit staatsgefährlich sein könnte. Nach kurzer Beratung gibt das Gericht seinem Antrag statt. Um 10.15 Uhr wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen und die Sitzung dann fortgeführt. Um 12 Uhr wird der Schluß der Sitzung verkündet und die Mitteilung gemacht, daß die Verhandlungen nachmittags um 2½ Uhr unter Ausschluß der Öffentlichkeit weiter fortgesetzt werden.

Die Reorganisation der Eisenbahn in Polen.

Weitere Erhöhung der Eisenbahntarife.

Warschau, 29. Februar. (PAT.) Der Eisenbahnminister Tyszka legte dieser Tage dem Staatschef einen umfangreichen Plan der Reorganisierung des Eisenbahnwesens in Polen vor. Das Projekt sieht grundsätzlich vor, die polnischen Staatsbahnen dadurch zu industrialisieren, daß sie zu einem selbständigen Unternehmen umgestaltet werden. Dieses Projekt, das gegenwärtig im Eisenbahnministerium in Bearbeitung ist, soll binnen kurzem dem Sejm zugehen.

Zur Deckung der erhöhten Exploitationsausgaben infolge Steigens der Preise seit Anfang Januar ist das Eisenbahnministerium gezwungen, in allernächster Zeit die Tarife zu erhöhen. Die Erhöhung soll sich nur auf den Reiseverkehr beschränken, während im Güterverkehr weitgehende Erleichterungen geplant sind. In Erwägung gezogen wird ferner der weitere Ausbau des Eisenbahnetzes, und zwar mit Hilfe privaten Kapitals des In- und Auslandes. Zu diesem Zweck ist in Aussicht genommen, physischen und Rechtspersonen, sofern sie sich darum bemühen, Konzessionen zu erteilen. In allernächster Zeit sollen neue Eisenbahnlinien gebaut werden, davon würden etwa 800 Kilometer auf den Ausbau der Eisenbahn in den Kohlenrevieren entfallen. Vorgesehen ist außerdem eine Reihe von lokalen Linien, die hauptsächlich die Verbindung zwischen den früheren Teilgebieten erleichtern sollen.

Die Anträge des Eisenbahnministers, die mit den Wünschen des Ministerpräsidenten vereinheitlicht wurden, haben die vollkommene Genehmigung des Staatschefs gefunden.

Die zweite Lesung des Mieterschutzgesetzes beendet.

Am heutigen Freitag nachmittag dritte und entscheidende Lesung.

Warschau, 27. Februar. In der heutigen Nachmittagssitzung des Sejm wurde in der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen des Mieterschutzgesetzes fortgefahren. Zu Art. 11 wurde ebenso wie zu den folgenden Artikeln 12, 14, 15 und 17 eine Reihe von abändernden Anträgen angenommen. Die ersteren Artikel behandeln die Bedingungen, unter denen Wohnungen gekündigt werden dürfen. Art. 14 f. f. betreffen die Zusammensetzung des Mieteinigungsamtes. Mit einigen Abänderungen wurden auch Art. 21 und 22 angenommen und sodann wurde in die Beratung resp. Abstimmung über Art. 24 eingetreten, der von **der Erhebung einer Steuer in Höhe von 30 Prozent der Miete von den Hausbesitzern handelt, die von den Mietern zu zahlen wären.** In der namentlichen Abstimmung wurde dieser Artikel mit 182 gegen 117 Stimmen gestrichen.

Zu Art. 27, der den Hausbesitzer verpflichtet, das Haus in ordnungsmäßigen Zustand zu versetzen, stellte Abg. Proszynski einen Antrag, diesen Artikel zu streichen. In namentlicher Abstimmung wurde dieser Antrag mit 172 gegen 118 Stimmen gestrichen.

Im Art. 28, der bestimmt, daß zwecks Bereitstellung von Wohnungen für Mieter, die aus staatlichen Gebäuden entfernt worden sind und ebenso zur Bereitstellung von Wohnungen für Staatsbeamte und Staatsangestellte, der Staat das Recht haben solle, über die Wohnungen zu verfügen, die er in fremden Gebäuden innehat, wurden auf Antrag des Abg. Sommerstein die Worte „den staatlichen Beamten und Angestellten“ gestrichen.

Die anderen Artikel wurden in der Kommissionsfassung angenommen. Damit war die zweite Lesung des Gesetzes beendigt. Die dritte Lesung findet am heutigen Freitag, nachmittags 3 Uhr, statt.

Republik Polen.

Für den Schutz der polnischen Grenzen.

Warschau, 27. Februar. PAT. Im Zusammenhange mit einer am 13. d. M. im Präsidium des Ministerrats stattgefundenen Konferenz, in der man sich über die Maßnahmen zum Schutz der polnischen Grenzen beschäftigte, erließ das Außenministerium auf Grund der bei dieser Gelegenheit gefaßten Beschlüsse eine Reihe von Verordnungen und bereitete entsprechende Gesetzentwürfe vor. Im besonderen wurde ein Gesetzentwurf über den Schutz der Grenzen ausgearbeitet, der in allernächster Zeit dem Ministerrat vorgelegt werden soll. Der Entwurf regelt die technische Seite des Schutzes und sieht die Teilung des an der Grenze gelegenen Gebiets in Grenzwege, Grenzzonen und Grenzstreifen vor. Gleichzeitig wird die Frage des Aufenthalts und des Besitztums polnischer Staatsangehöriger und Ausländer auf diesen Gebieten geregelt. Endlich enthält der Entwurf Bestimmungen über das Entfernen des Unkrauts aus den Grenzwegen und den Schutz der Grenzmarkierungen.

Kleine Rundschau.

* **Das Paradies der Dienstmädchen.** Die Stadt Zürich ist über Nacht durch eine neue Verordnung ihrer Stadtverwaltung zum Paradies der Dienstmädchen geworden. Hinfort müssen diese nämlich mindestens sechs freie Nachmittage im Monat erhalten, und ferner muß ihnen die nötige Zeit zum Besuche von Theatern und Bällen eingeräumt werden. Das Essen muß, wie die Verordnung sagt, reichlich, das Bett bequem und die Möbel des Zimmers von guter Beschaffenheit sein. Das Fenster muß auf die Straße gehen. Vermutlich, damit man den Schatz besser sichten kann.

* **Neunjährige Ehefrauen.** Die zur Reform der Religionsgesetze eingesetzte Kommission der Volksvertretung von Angora hat kürzlich das neue Ehegesetz für die Türkei festgestellt. Danach wird das Heiratsalter für die jungen Männer auf 18, und für die jungen Mädchen auf 17 Jahre festgesetzt; doch steht das nur auf dem Papier; denn die frühzeitige Entwickelung der Türkin macht es erforderlich, daß hier Konzessionen die Regel bilden. Das Gesetz bestimmt denn auch, daß mit Zustimmung der Eltern Jünglinge vom 13. Jahr an, junge Mädchen von 11 Jahren die Heiratserlaubnis erhalten können, ja, auf Antrag der Eltern gestattet das Gesetz sogar die Heirat zwischen einem Jungen von 12 und einem Mädchen von 9 Jahren.

* **Das genähte Herz.** In einer der letzten Sitzungen der Wiener Gesellschaft der Ärzte stellte Dr. Winkelberger einen 21jährigen Eisendreher vor, der vor mehreren Monaten einen Selbstmordversuch dadurch verübte, daß er sich ein Messer in die Brust stieß. Bei der Bloßlegung des Innern des Thorax wies das Herz an der Vorderseite eine einen Zentimeter breite Stichöffnung auf. Nach Eröffnung des Herzbeutels zeigte sich eine etwa sechs Millimeter breite Stichverletzung, aus der das Blut hervorquoll. Die Stichöffnung wurde mit drei Nähten versorgt, die Operationswunde gleichfalls zugenäht. Vier Wochen nach der Operation konnte der Patient das Spital verlassen, nach weiteren zwei Wochen war er wieder arbeitsfähig. Der Vortragende erwähnte, daß die operative Behandlung der Herzverletzungen erst vor zwei Jahren eingeführt wurde. Seither ist die Zahl der „genähten Herzen“ immer größer geworden. Auf der Klinik Eiselsberg in Wien wurden bisher 22 Personen **wegen Herzverletzung operiert, von denen 10 geheilt wurden.**

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 51.

Bromberg, Sonnabend den 1. März 1924.

Pommerellen.

Kram- und Viehmärkte im Monat März.

Kreis Konitz: Konitz: 13. März KVP, Czersk: 6. März KVP., Łąg: 13. März K. Kreis Mewe: Koscielna Janina: 8. März VP. Kreis Karthaus: Karthaus: 12. März KVP. Kreis Zempelburg: Zempelburg: 20. März K. Kreis Stargard: Zblewo: 14. März KVSchw., Lubichowo: 29. März VPSchw. Kreis Dirschau: Dirschau: 28. März VP., 31. März K, Pelplin: 24. März VPSchw. Godziszewo: 27. März Schw. Kreis Tuchel: Tuchel: 4. März KVP.

29. Februar.

Graudenz (Grudziądz).

A. **Amerikanische Güterwagen.** Von Danzig kommend traf hier ein ganz neuer Güterzug leer ein. Der letzte Wagen war mit Girlanden bekränzt. Auf den Seitenwänden waren Aufsätze mit der Aufschrift „Danziger Waggonfabrik A.-G. 1899“. Es handelte sich um die neuen Güterwagen, die in Amerika gebaut sind und in der Danziger Waggonfabrik zusammengestellt wurden. Früher trafen schon ähnliche Transporte ein. *

A. **Weitere Heizungsumlage.** Die Schülerinnen des Mädchen-Gymnasiums (früher Ober-Lyzeum, Viktoriaschule) sollen wieder einen Beitrag zur Beschaffung des Heizmaterials leisten. *

□ **Straßenreinigung.** Noch immer arbeiten Kolonnen an dem Aufeisen der Straßen. Der Bürgersteig wird nach jedem neuen Schneefall von Schnee und Eis befreit. Trotz der recht empfindlichen Polizeistrafen, die säumige Haus- und Grundstücksbesitzer trifft, findet man an manchen Stellen der Straßen die Bürgersteige mit Eisklumpen belegt. *

□ **Der Mittwoch-Wochenmarkt** zeigte für manche Produkte einen Rückgang in der Beschickung. Besonders Butter war nicht genügend vertreten. Die Preise sind für manche Lebensmittel in die Höhe gegangen, während für andere ein Preisrückgang zu verzeichnen ist. Es wurden folgende Preise erzielt: Butter 3, Eier 3,5—4 Mill., Glumse 600 000 Mark. Kartoffeln, die trotz des Frostes genügend angeboten wurden, 4,5—5 Mill., Mohrrüben 250 000, Weißkohl 200 000, Rotkohl 300 000, Rote Rüben 150—200 000, Wrucken 150—200 000, Sellerie 5—800 000, Porree 2—300 000 Mark. Die Zufuhr an Geflügel nimmt sehr ab. Bessere Qualitäten sind selten. Für Hühner, lebend in Federn, erzielt man 5 Mill. Das Paar Tauben kostet 2,5 Mill. Ganz gering beschickt war der Fischmarkt. Edelfische fehlten ganz. Plötze erzielen 0,6—1,2 Mill. Meist sind die Fische gefroren. Der Fleischmarkt ist wesentlich schwächer beschickt. Die Anzahl der Verkaufsstände ist bedeutend geringer als an den letzten Verkaufstagen. Es wurden folgende Preise erzielt: Schweinefleisch 1,5, Rind- und Hammelfleisch 1,4. Kalbfleisch 1,2, Schmalz 2,7—2,8, Talg 2,6, Speck 1,8 Mill. Die Kauflust ist geringer. Die Geldknappheit vor dem Monatsersten macht sich bemerkbar, andererseits ist auch zu spüren, daß die Geldknappheit in der Landwirtschaft noch immer anhält. Es wird besonders von kleineren Landwirten manches zum Kauf angeboten, was früher nicht üblich war. Schweineschmalz in Pfunden und Sahne war zum Verkauf gestellt. Auf den Wochenmärkten mehren sich zusehends die Verkaufsstände mit Schnitt-, Kurz-, Woll- und Schuhwaren. Während vor einigen Wochen nur ein Dutzend gezählt wurde, konnte man am Mittwoch bereits deren zwei Dutzend bemerken. Von den Polizeibeamten wurde den Verkäufern von Butter aufgegeben, den Preis auf 2,5 Mill. zu ermäßigen. Gewöhnlich verließen die Verkäufer dann den bisherigen Stand und tauchten auf einer anderen Stelle auf, wo wieder 3 Mill. verlangt wurden. *

A. **Auf der Weichsel** ist noch immer starkes Eistreiben. Die halbe Stromrinne ist mit Schollen bedeckt. Das Eis hat eine beträchtliche Stärke erreicht. Der Frost ist auch recht tief in die Erde eingedrungen. Man findet bis auf 75 Zentimeter und tiefer den Boden hart gefroren. *

⚒ **Auf einen ganz neuen „Erwerbszweig“** sind hier ein paar Spezialisten gekommen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, durch das Stehlen der Fensterflügel aus den Hausfluren ihren Lebensunterhalt zu erwerben. Der erste auf diese Art Geschädigte war der Hausbesitzer Waldheim in der Amtsstraße; einige Tage später traf den Hausbesitzer Heinrich in der Fischerstraße dasselbe Mißgeschick. *

⚒ **Ungetreue Angestellte.** Der Firma Zywnopol wurden seit einiger Zeit von ihrem Lagerplatz systematisch Kohlen gestohlen; es gelang der Polizei, die Täter unter den Angestellten der Firma zu ermitteln. Ebenfalls durch sein eigenes Personal wurden dem Händler Zwolinski, Getreidemarkt, Felle im Werte von 100 Millionen gestohlen. Die Polizei schaffte in kürzester Frist die Beute wieder herbei. — Der Frau Zacerkowna stahl ihr früheres Dienstmädchen Wäsche und Kleider im Werte von 500 Millionen. Auch hier konnte die Polizei das gestohlene Gut wieder herbeischaffen und die Täterin dem Untersuchungsrichter zur Bestrafung zuführen. *

⚒ **Selbstmord.** Ins hiesige Krankenhaus wurde am 17. d. M. ein gewisser Olszewski eingeliefert, der versucht hatte, durch Einnehmen von Lysol Selbstmord zu begehen; er ist einige Tage später infolge der erlittenen Verletzungen gestorben. *

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Der Maskenball: „Rosenfest der Deutschen Bühne am Rosenmontag“ beginnt am Montag, den 3. März, um 8 Uhr, mit dem Einzug des Prinzen Karneval. Die Eintrittskarte muß jede Maske bei sich führen, da eine strenge Kontrolle geübt wird. Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß im Gemeindehause kein Verkauf von Eintrittskarten stattfindet, sie müssen vorher im Geschäftszimmer, Mickiewicza (Pohlmannstraße) 15, gelöst werden. Durch die Abgabe von Familienkarten, die den Besuch des Festes für Familien bedeutend verbilligen, ist die Nachfrage nach Eintrittskarten ganz bedeutend gestiegen. (2157 *

*

en. **Aus dem Kreise Graudenz,** 26. Februar. Bei der Neuverpachtung der Domäne Engelsburg wurde diese an den bisherigen Pächter Baron von der Osten-Sacken nicht weiter verpachtet. Seit über 15 Jahren befand sich diese Staatsdomäne in Pachtung der Familie. Der frühere Pächter fiel im Weltkriege und dann verheiratete sich die Witwe mit dem genannten baltischen Baron. Als den anderen deutschen Domänenpächtern die Pachtungen entzogen wurden, verpflichtete er sich zur Zahlung einer erhöhten Pacht und behielt das Gut. — Die Seenbesitzer hat der Frost und Schnee bei der Rohrernte sehr behindert. Jetzt ist der Schnitt aber beendet. Das Schock gutes Dachrohr wird in diesem Jahre für zwei Zentner Roggen abgegeben. — Die Genossenschaftsmolkerei Marusch ist seit einiger Zeit stillgelegt. Die Milch wird von den dortigen Lieferanten nach Graudenz zur Zentralmolkerei geschickt, wo Verarbeitung und Verkauf stattfindet. — Trotzdem im Kreise bedeutende Waldbestände sind, besteht doch eine große Holzknappheit. Die staatlichen Waldungen sind in früheren Jahren z. T. so stark ausgenutzt worden, daß die schlagbaren Bestände nicht bedeutend sind. Die Bevölkerung muß weite Wege machen, wenn sie direkt aus der Forst Brennmaterial ankaufen will. Man fährt bis in die Kreise Löbau und Strasburg. In der Hauptsache ist man aber auf den Händler angewiesen. Der größte Teil des Brennholzes muß mit der Bahn herangefördert werden. In Graudenz hat die Zahl der Brennholzhandlungen auch sehr zugenommen. Augenblicklich sind die Preise etwas zurückgegangen; der Holzverbrauch wird möglichst eingeschränkt. Manche Landwirte haben sogar ihre Deputatarbeiter entlassen müssen, da es ihnen nicht möglich war, das Deputatholz zu liefern. — Es macht sich ein starkes Angebot von Arbeitern für Landwirtschaft bemerkbar. Um nur unterzukommen, werden auch Arbeitsstellen angenommen, die nicht den Wünschen der Arbeitsuchenden entsprechen. — Der Wildbestand hat durch den vielen Schnee und lange Kälte stark gelitten.

Thorn (Toruń).

* **Auflösung des Thorner Appellationsgerichts?** Das „Słowo Pom.“ hatte nach einer Warschauer Zeitung berichtet, daß das Thorner Appellationsgericht aus Sparsamkeitsgründen aufgelöst werden solle. Es sollte für das ganze ehemals preußische Teilgebiet nur ein Appellationsgericht verbleiben, nämlich das in Posen. Das Blatt hatte dem hinzugefügt, daß zurzeit eine Abordnung aus Pommerellen unter Führung des Landesstarosten J. Wybicki in Warschau wäre, um vom Justizminister die Genehmigung zu erbitten, daß das Appellationsgericht noch einige Zeit in Thorn verbliebe. Der Vizepräsident des Appellationsgerichts teilt nun dem genannten Blatte mit, daß die Nachricht, die fragliche pommerellische Abordnung hätte vom Justizminister die Zusage erhalten, daß das genannte Gericht noch einige Zeit in Thorn verbleiben solle, ungenau sei. Richtig sei es dagegen, daß nach allerdings nichtamtlicher Nachricht beim Justizminister von seiten des Sparkommissars ein Antrag auf Aufhebung des genannten Gerichts eingegangen sei, daß aber über den Antrag erst entschieden werden solle, nachdem von den maßgebenden Faktoren in Pommerellen Gutachten über diese Frage eingezogen worden sind. **

‡ **Die traditionellen Jahrmärkte** (Krammärkte), die bisher mehrmals im Jahre auf dem Staromiejski und Nowomiejski Rynek (Alt- und Neustädtischen Markt) abgehalten wurden und im Laufe der Zeit ganz ihre ehemalige Bedeutung verloren haben, sind jetzt gemäß Magistratsbeschluß aufgehoben worden. **

* **Briesen** (Wąbrzeźno), 27. Februar. In der vergangenen Woche fand eine Sitzung des Vorstandes unserer Kreissynode statt. Es wurde zunächst für den verzogenen Pfarrer Pahl-Golub Pfarrer Wiebe-Briesen zum Mitgliede des Kreissynodalvorstandes gewählt. Sodann wurde eingehend über die Aufbringung der Mittel für die Gesamtkirche beraten. Der Vorstand verspricht sich nur dann einen Erfolg, wenn zuvor den berufenen Vertretern der Gemeinden des Kirchenkreises von einem Laienmitgliede der Landessynode in einem Vortrage mit anschließender Aussprache die nötige Aufklärung gegeben wird. Dieser Standpunkt wurde in einer besonderen Eingabe der Kirchenbehörde zur Kenntnis gebracht.

er. **Culm** (Chełmno), 27. Februar. Im Dorfe Bienkowko hiesigen Kreises brach am Sonntag, 24. d. M., nachmittags, ein Brand, welcher das ganze Gehöft der Witwe Johanna Szatkowski in Asche legte. Außer Mobiliar, Kleidungsstücken, Wäsche und Wirtschaftsgegenständen verbrannten noch viele Zentner Getreide, die auf dem Hausboden lagerten. Das Feuer ist durch Unvorsichtigkeit entstanden. — An der Einfahrtsstelle des Güterbahnhofs wimmelt es täglich von halbwüchsigen Burschen, welche die Kohlenwagen bei der Fahrt zur Stadt besteigen und Kohlen herunterwerfen, die dann von den

anderen aufgesammelt werden. Militärfuhren werden von Soldaten begleitet und sind vor derartigen Diebstählen geschützt. — Auch heute bot der **Wochenmarkt** wenig Zufuhr. Während auf dem Sonnabend-Wochenmarkt das Pfund Butter 2 bis 2½ Millionen kostete, wurden heute 2½ bis 3 Millionen verlangt und gezahlt. Eier kosteten die Mandel ebensoviel. Gemüse und Obst war nicht vorhanden, ebenso fehlten Kartoffeln. Einige Hühner, das Stück 4 bis 5 Millionen, und Tauben, das Paar 2 Millionen M., waren vorhanden. An den Fleischerständen zahlte man für das Pfund Schweinefleisch 1,3 bis 1,4, für Rindfleisch 1,5, für Kalbfleisch 1 Million Mark.

* **Dirschau** (Tczew), 28. Februar. Der **Flecktyphus** in Mahlin ist als **erloschen** zu betrachten, da, wie der hiesigen „Dtsch. Ztg." von kompetenter Stelle mitgeteilt wird, seit fünf Tagen keine neuen Fälle zu verzeichnen waren. Die Seuche hat überhaupt nicht einen so gefährlichen Umfang angenommen, wie zuerst verbreitet wurde, da die Gesamtzahl der daran Erkrankten nur 13 betrug, wovon eine Person verstorben ist. Nachdem nun eine gründliche Desinfektion der Wohnungen und sämtlicher Sachen vorgenommen worden ist, kann die Seuche als erloschen betrachtet werden.

* **Konitz** (Chojnice), 28. Februar. Vorgestern feierte der **evangelische Kirchenchor** sein 29jähriges **Stiftungsfest** in den geschmückten Sälen des Hotel Engel. Chorgesänge unter Leitung der bewährten Dirigentin Frl. Lotte Müller eröffneten den Abend, und den Schluß der gesanglichen Darbietungen machte das Märchenspiel „Rotkäppchen" und ein kleines, nettes Singspiel „Wer trägt die Pfanne fort".

*

Aus der Freistadt Danzig.

* **Danzig**, 27. Februar. Wie von der Danziger Zentralkasse, A.-G., Danzig, mitgeteilt wird, sind dort **Fälschungen der Hundertguldenzwischennote** angehalten worden. Infolgedessen ruft die Danziger Zentralkasse, A.-G., die 100-Guldenzwischenscheine **zur Einlösung** bis zum 12. März auf und setzt gleichzeitig eine Belohnung von 1000 Gulden evtl. höher für Ergreifung der Täter aus.

Französische Oelwirtschaft.

Von Dr. Karl Hoffmann.

III.

Auf Betreiben Poincarés wurde von der französischen Regierung am 7. November 1923 die Bildung eines „**Syndicat français d'Etudes pétrolifères**" mit einem vorläufig aufgebrachten Kapital von 1 080 000 Franken amtlich genehmigt. Dieses neue Syndikat hat kein wissenschaftlich technisches, sondern ein wirtschaftliches Programm. Unter dem „Schutze" des **Staates soll es den internationalen Ölbetrieb des französischen Industrie- und Bankgewerbes vereinigen**, indem ihm gleichzeitig von der Regierung alle Frankreich zustehenden ausländischen Konzessionen und Privilegien und alle Rechte, welche Frankreich noch zu erwerben gedenkt, oder die der französischen Wirtschaft von der Regierung gesichert werden können, zugeführt werden. In solchem Sinne erhielt das Syndikat indessen nur die vorbereitende Bedeutung eines Konsortiums, in dem die positive Aufgabe von einer geplanten „Union Nationale des Pétroles" mit einem ursprünglich in Aussicht genommenen Kapital von 500 Millionen Franken, das man inzwischen auf 150 Millionen Franken herabgesetzt zu haben scheint, erst wirklich auszuführen sein würde.

Es handelt sich darum, die internationalen Beteiligungen der französischen Ölwirtschaft staatspolitisch zu reglementieren und gleichsam trustartig einer einheitlich gedachten Ölpolitik zu unterstellen. Welches sind diese Beteiligungen, konzessionierten Anteile und Gewährleistungen von Konzessionen? Sie betreffen den **monopolhaften Sitz des französischen Unternehmertums im polnisch gewordenen Galizien**, eine sehr erhebliche Zunahme der französischen Beteiligung an der **rumänischen Ölindustrie**, wo in Verbindung mit dem Vertrag von San Remo (25. April 1920) große Stücke der deutschen Beute Frankreich zufielen, und schließlich das ebenfalls auf dem **Ölabkommen von San Remo** beruhende französische Anrecht von 25 Prozent an der Türkischen Petroleumgesellschaft für **Mesopotamien**. Rein finanzmäßige Anteile in **Mexiko** und **Argentinien**, die über die Züricher JPU. gehen und eigentlich durch deutsche Arbeit (sozusagen im Namen der JPU. durch die Deutsche Erdölgesellschaft) praktisch verwertet werden, zählen hierbei nicht mit.

Im mesopotamischen Vilajet **Mossul**, auf das Frankreich seine Absichten zielt, wird in industrieller Hinsicht noch gar nicht gebohrt. Somit kommen für ein gegenwärtiges Wirtschaftsinteresse nur **Galizien** und **Rumänien** in Frage. Der handgreiflichste Erfolg schien sich den Franzosen in Galizien verbürgen zu wollen, und nirgends ist der Zusammenhang mit dem französischen Imperialismus so deutlich wie hier.

Frankreichs Unternehmerherrschaft in der galizischen Ölindustrie steht wieder in einem mittelbaren Zusammenhange mit dem Vertrag von **San Remo**, in dem die britische Seite dieses polnisch gewordene Gebiet zur Gegenleistung für französische Nachgiebigkeiten im Orient den Franzosen stillschweigend überantwortet hatte. Daraus ging in Wechselwirkung mit dem „Freundschafts"-Verhältnis Polens zu Frankreich die **französisch-polnische Naphtha-Konvention** vom 6. Februar 1922 hervor, die ihrerseits nicht nur mit der Lösung der oberschlesischen Frage, sondern vor allem mit dem **polnisch-französischen Militärvertrag** vom 19. Februar 1921 direkt zusammenhängt, da Artikel IX der Naphthakonvention sich auf diesen Vertrag ausdrücklich beruft. Auf Grund der Naphtha-Konvention genießen die **französisch-galizischen** Erdölgesellschaften eine ihnen von Polen zugesicherte **Vorzugsbehandlung**. Etwa 70 Prozent des galizischen Ölkapitals sind französischer Herkunft, und dieses französische Kapital in Polen ist laut Artikel VI von Kapitalsteuern und einer Beteiligung an etwaigen Zwangsanleihen befreit.

Nichtsdestoweniger ist das galizische Erdöl für Frankreich eine schwere **Enttäuschung** gewesen. Die Ursache dieser Enttäuschung liegt in der **Rückgängigkeit der Produktion**, die sich seit 1909 in einer ständigen Abnahme befindet. Nachdem die galizische Rohölerzeugung im letzten Friedensjahre 1913 noch wesentlich mehr als 1 000 000 Tonnen betragen hatte, ging sie seit dem Kriege von über 800 000 Tonnen im Jahre 1919 allmählich auf 713 000 Tonnen im Jahre 1922 zurück. Diese rückläufige Entwicklung ist um so bedeutungsvoller, als sie einer ungeheuren Zunahme des Weltverbrauchs und der Weltproduktion widerspricht. Einem Anteil an der Welterzeugung von rund 5 Prozent nach Maßgabe des galizischen Höchststandes von 1909 steht für 1922 ein galizischer Anteil von nur 0,6 Prozent gegenüber. Zieht man alsdann in Betracht, daß sich die jährliche Leistungsfähigkeit der galizischen Raffinerien auf 1 100 000 Tonnen beläuft und daß Polen-Galizien aus verschiedenen Gründen auf nahegelegene, meist mitteleuropäische Ausfuhren nach wie vor einen gewissen Bedacht nehmen muß, so mag eine alarmierende Nachricht der Warschauer „**Nowa Reforma**" vom Januar dieses Jahres wohl einleuchtend sein, wonach die polnischen Raffinerien bloß zu 55 Prozent ihrer Kapazität wirklich arbeiten können. Mit anderen Worten: **die galizische Rohölproduktion ist nicht mehr in der Lage, ihrer eigenen Verarbeitungsindustrie zu genügen**, und für die französischen Bedürfnisse fällt kaum etwas ab. Daher nimmt es nicht Wunder, wenn in der französischen Öleinfuhr Galizien nur unter den „anderen Ländern" erscheint.

Als dieses Versagen Galiziens sich nicht mehr verhehlen ließ, ging Frankreich spätestens im Laufe des Jahres 1923 daran, den Schwerpunkt seiner ölwirtschaftlichen Strebungskräfte nach **Rumänien** zu verlegen. Der Gesamtbetrag des in der rumänischen Ölindustrie arbeitenden französischen Kapitals wird auf reichlich 850 Millionen Franken geschätzt. Jedoch liegt der Fall eines **herrschenden** Einflusses im ganzen **nicht** vor, da hier die Produktionsmacht der britischen und amerikanischen Gruppen und ihre teilweise Verflechtung mit dem französischen Kapital, das sie in Wahrheit von sich abhängig machen, deutlich genug überwiegt. Dieser Abhängigkeit und dieser begrenzten Stellung sollte nun eben das eingangs genannte Syndikat mit der geplanten Nationalen Petroleum-Union entgegenwirken.

(Schluß folgt.)

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 29. Februar.

Bedenkliche Fürsorge.

Die „Gazeta Bydgoska" ist um das Wohl der Bromberger Deutschen besorgt.

Unter allerhand Schimpfereien auf die deutschen „Verbrechen" in Mecklenburg, Sachsen und Ostpreußen und auf die „von Woche zu Woche mehr in die Erscheinung tretende polenfeindliche (!) Tätigkeit der Deutschtumsbünde (die bekanntlich im Gegensatz zu den Polenbünden in Deutschland — längst geschlossen sind! D. Red.) und anderer deutscher Vereine", entrüstet sich die „Gaz. Bydg." darüber, daß das Stadttheater gelegentlich einmal der Deutschen Bühne in Bromberg mit historischen Kostümen für klassische Aufführungen aushilft. Denn den Deutschen irgendeinen Dienst erweisen, ist ein strafwürdiges Unternehmen. Nachdem das Blatt so seinem Ärger offen Luft gemacht hat, heuchelt es Sorge um das Wohl der Besucher der Darstellungen der Deutschen Bühne. Denn es stehen dort zwei große eiserne Öfen, die mit Kohle geheizt werden, und wie leicht könne da ein Feuer ausbrechen und bei der ständigen Überfülle des Theaters großes Unglück entstehen. Da von Magistrats wegen ein Einschreiten gegen diese Bühne nicht zu erwarten sei, ruft das Blatt den Posener Wojewoden zu Hilfe; er müßte hier nach dem Rechten sehen und einen entsprechenden Befehl erlassen. **Die Heuchelei ist hier natürlich mit den Händen zu greifen; der Zweck der Übung ist lediglich, einen Grund zu finden, um die Bühne schließen zu können.** Wie weit hämischer Neid an den Erfolgen der Deutschen Bühne diese Zeilen diktiert hat, lassen wir dahingestellt sein.

Indessen muß die Gazeta einen anderen Grund für ihre Zwecke ausknobeln, denn die beiden Öfen werden ihr diesen Gefallen nicht tun. Sie sind, wie sich jeder Sachverständige durch Augenschein überzeugen kann, durch Isolierung der Schornsteine gegen die Balkenlage so versichert, daß ein Brand ausgeschlossen ist. Und damit können wir wohl über diese neueste Haßfanfare zur Tagesordnung übergehen, die gewiß ebenso viele Polen wie Deutsche erbittern wird, die sich auf den Spruch besinnen, den der Baumeister über das Portal des Posener Stadttheaters setzte: „Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben. Bewahret sie! Sie sinkt mit euch, mit euch wird sie sich heben."

*

Die Posttarife für weitere zwei Wochen unverändert.

Der Posttarif erfährt am 1. März keine Änderung. Die bisherigen Gebühren bleiben auch für die erste Märzhälfte, also vom 1. bis zum 15. März, weiter in Kraft. — Bekanntlich wiesen die Tarife für die eben abgelaufene zweite Februar-Hälfte gegenüber denen der ersten zwei Februar-Wochen nur einige geringfügige Änderungen, und zwar Ermäßigungen auf, da der Valorisationsfrank von 1 900 000 auf 1 800 000 gesunken war. Inzwischen hat er diesen letzten Kursstand beibehalten, und die Folge ist, daß die Post-, Telegramm- und Fernsprechgebühren für die nächsten zwei Wochen, also die erste Märzhälfte, unverändert bleiben.

Das neue Einkommensteuergesetz.

Der „Verband deutscher Genossenschaften" schreibt im „Landwirtschaftlichen Zentral-Wochenblatt":

Durch das Gesetz vom 10. Januar 1924 (Dziennik Ustaw Nr. 13) ist das preußische Einkommensteuergesetz vom Jahre 1906 für unseren Gebietsteil aufgehoben worden. Seit dem 1. Januar 1924 gilt das Einkommensteuergesetz, das bisher bereits in Kongreßpolen galt. Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz sind noch nicht erlassen worden. Nach Auskunft der Izba Skarbowa ist daher die Frage, an welchem Termin zum ersten Male die Steuererklärungen abgegeben werden müssen, noch nicht entschieden. Nach dem Gesetze müssen sie für natürliche Personen bis zum 1. März, für juristische Personen, also für Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, bis zum 1. Mai 1924 abgegeben werden.

Die Genossenschaften genießen keine Steuerbefreiung mehr wie bisher, wenn sie ihren Geschäftsbetrieb auf ihre Mitglieder beschränken. Die Steuerpflicht beginnt bei einem Jahreseinkommen von über 2 Mill. Mark jährlich für Einkommen außer Dienstgehältern usw. Für Dienstgehälter und Arbeitslöhne bleiben die bereits aus dem neuen Gesetz übernommenen Bestimmungen über den Abzug der Steuer vom Lohn bestehen. Lohn und Gehalt werden also weiter abgesondert besteuert.

---

§ **Eine Herabsetzung der polnischen Paßgebühren** für Reisen nach Deutschland will die Krakauer Vereinigung der Kaufleute bei der Warschauer Regierung beantragen. Diese Gebühren sind kürzlich im Zusammenhang mit der Valorisierung der polnischen Steuern, Abgaben usw. neu festgesetzt und dabei außerordentlich weit über das bisherige Maß erhöht worden, nämlich auf 100 Zloty (Goldfrank). Laut „Nowa Reforma" begründen die Krakauer Kaufleute ihr Gesuch hauptsächlich damit, daß infolge der Erhöhung der polnischen Sichtvermerkgebühren die deutsche Regierung im Vergeltungswege auch die deutschen Visierungsgebühren in gleichem Maße heraufgesetzt habe. Hierunter leide aber vor allem die polnische Kaufmannschaft, da sie mehr nach Deutschland fahre, als die Deutschen nach Polen. — Diese Begründung wird gewiß in weitesten Kreisen der Industrie und des Handels als zutreffend anerkannt werden, ob aber auch an den maßgebenden Stellen, erscheint doch noch zweifelhaft.

§ **Wieder eine.** Nach sattsam bekannten Vorbildern hat wiederum ein Dienstmädchen „gearbeitet". Im Hause Sedanstraße (Chocimska) Nr. 2 wurde eine Damenarmbanduhr im Werte von 300 Millionen gestohlen. Die Täterin war das Dienstmädchen, das drei Tage vorher ihre dortige Stellung angetreten hatte. Auch sie ist, wie ihre Mustervorbilder, nach der Tat flüchtig geworden.

§ **Ein Wäschediebstahl — Wert 150 Millionen** — wurde im Hause Hennestraße (Mazowiecka) 14 verübt. Die betreffende Hausfrau hatte Wäsche zum Trocknen in den Korridor gehängt und diesen eine Zeitlang unverschlossen gehalten — die bekannte Nachlässigkeit.

§ **Ein Schaufenstereinbruch** ist wieder in vergangener Nacht verübt worden, und zwar im Hause Kirchenstraße (Kościelna) Nr. 10. Gestohlen wurden Stoffe im Werte von 250 Millionen.

§ **Festgenommen** wurden gestern drei Diebe und drei Sittendirnen, sowie je eine Person wegen Umhertreibens und Mangels an Ausweispapieren.

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Bromberg, Sonntag, den 2. März, 1/212 Uhr, findet im Zivilkasino eine Sitzung der Güterbeamten Posens und Pommerellens statt.

Werkm.-Verein Polen. Sonntag, den 9. März cr., abends 7 Uhr, Monatsversammlung, Lotz' Hotel. Der Vorstand. (2108

Bromberger Sängerbund. Sonntag, vorm. 11 Uhr, Probe im Kasino; abends 8 Uhr ebendaselbst Familienabend, worauf **besonders passive Mitglieder aufmerksam gemacht werden.** (2216

* * *

* **Argenau** (Gniewkowo), 28. Februar. Am 4. März d. J. findet hier ein Vieh- und Pferdemarkt statt. Der Viehauftrieb aus anderen Wojewodschaften ohne vorschriftsmäßige Genehmigung ist nicht zulässig. Desgleichen darf kein Vieh aus denjenigen Bezirken der Wojewodschaft Posen aufgetrieben werden, die unter polizeiveterinärer Beobachtung wegen der Brustseuche stehen.

* **Inowrocław**, 28. Februar. Folgende Holztermine werden demnächst abgehalten: Am Freitag, 7. März d. J., vorm. 10 Uhr im Gasthaus Eisenhardt, Cierpice, (Brennholz aus der Oberförsterei Cierpiszewo); Mittwoch, 12. März d. J., 10 Uhr vorm. im Gasthaus Namysłowski, Modliborzyce, Versteigerung von 80 Rmtr. Rundholz und 200 Rmtr. Gesträuch dritter Klasse aus der Försterei Rejna.

* **Posen** (Poznań), 28. Februar. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde u. a. Beschluß gefaßt über Ortszulagen für Rektoren und Lehrer an Mittel- und Volksschulen, und den Armenküchen bis Ende März eine Subvention bewilligt. Eine lebhafte Aussprache knüpfte sich an eine Eingabe des Verbandes der Kaufleute. Der Magistrat hat eine Verordnung erlassen, welche den Kaufleuten die Benutzung von Brettern und Holzplanken bei der Sicherung der Schaufenster aus ästhetischen Gründen verbietet. Dazu sollen entweder Draht- oder Eisengitter oder Jalousien verwandt werden. Schließlich gelangte ein Antrag, der die Eingabe zur Prüfung und Beschlußfassung an eine gemischte Kommission verweist, zur Annahme. Zum Schluß der Sitzung kam die Ermäßigung der Elektrizitätspreise zur Sprache. Der Magistratsantrag trat im Hinblick auf den Rückgang der Produktionskosten, ferner mit Rücksicht auf Vermehrung des Stromabsatzes in den Tagesstunden, also in der Industrie, endlich in der Erwägung, daß die 50prozentige Mehrbelastung größerer Verbraucher, wie der Kaffeehäuser, Hotels, Gastwirtschaften, Banken, Pensionate und Kinos, weder aus technischen noch aus kaufmännischen Rücksichten begründet sei, für folgende Änderung der Elektrizitätspreise ein: 1 Kilowattstunde Licht 980 000 statt 1 000 000 M., 1 Kilowattstunde Kraftstrom 600 000 statt 650 000 M., Aufhebung des 50prozentigen Zuschlags für alle Kategorien, die ihn bisher zu zahlen hatten. Diesem Antrage des Magistrats stellte der Finanzausschuß einen Antrag gegenüber, der die erste Position behielt, dagegen die zweite auf 550 000 M. herabsetzte. Dieser Antrag wurde angenommen, und auch die 50prozentige Mehrbelastung bleibt vorläufig bestehen.

*

Aus der Freistadt Danzig.

* **Danzig**, 28. Februar. Der Motorbootsport hat sich in Danzig nach dem Kriege außerordentlich stark entwickelt. Während vor dem Kriege hier kaum ein Dutzend Motorboote gezählt wurden, die sportlichen Zwecken dienten, hat sich diese Zahl jetzt wohl bald auf 50 erhöht. Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß soeben in Danzig der erste Motorbootverein des Ostens gegründet wurde, der den Namen „Danzig-Zoppoter Motor-Yacht-Club" führt. Dem Verein gehören bereits ungefähr 30 Mitglieder an, in deren Besitz sich etwa ein Dutzend Motoryachten befindet. Neben der Beschaffung eines Motorboothafens im Mittelpunkt der Stadt Danzig hat sich der Verein insbesondere auch die Veranstaltung gemeinsamer Fahrten und von Wettfahrten vor Zoppot zur Aufgabe gemacht. Erster Vorsitzender ist Dr. Hermann Steinert.

* **Danzig**, 28. Februar. Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig macht bekannt, daß die Kassenbeiträge mit Wirkung vom 1. März von 10 auf 7½ Prozent des Grundlohns (also um 25 Prozent) herabgesetzt werden.

Handels-Rundschau.

Ermäßigung der Ausfuhrabgaben für polnisches Holz. Der seit einer geraumen Zeit beobachtete Stillstand im Holzexportgeschäft erklärt sich aus den hohen zu entrichtenden Ausfuhrabgaben und den seit Beginn des Jahres valorisierten Tarifen auf den polnischen Staatsbahnen. Die polnische Regierung beabsichtigt, in beiden Richtungen Abhilfe zu schaffen. Die Frage der Ermäßigung der Eisenbahnfrachten soll durch Verschiebung von Holz und Holzmaterialien in die nächst niedrige Tarifklasse entschieden werden. Was die Ausfuhrabgaben angeht, so wäre zu berichten, daß der polnische Minister für Industrie und Handel eine Ermäßigung der Ausfuhrabgaben vorbereitet. Die Ermäßigung soll bis zu 50 Prozent der gegenwärtigen Sätze betragen, mit Ausnahme von Espenholz, für das die Sätze nach wie vor in derselben Höhe bestehen bleiben. Gewisse Änderungen sind auch bezüglich der Abgabepflicht der Devisen vorgesehen. Veränderungen dieser Art werden darauf hinausgehen, der P. K. K. P. größeres Privileg zu geben, an welcher Stelle der Holzexporteur gebunden sein wird, bis 70 Prozent der aus dem Export erzielten Devisen zu überweisen.

Stabilisierung der deutschen Wirtschaft. Durch die Befestigung der deutschen Währung ist zwar vorübergehend eine Preiserhöhung eingetreten, die die deutschen Preise teilweise über die Weltmarktpreise hinausgehen ließ. Dafür sind aber alle schädlichen Folgen der Inflation in Wegfall gekommen. Der Abnehmer kann infolge der Beruhigung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse wieder mit Sicherheit auf eine pünktliche Belieferung durch die deutschen Fabrikanten rechnen. Die Preise sind fest und werden aufs genaueste kalkuliert. Die leidigen Nachforderungen sind heute ausgeschlossen. Die Qualität der Waren hat den Friedensstand fast erreicht. Auf der Leipziger Frühjahrsmesse, die vom 2. bis 8. März stattfindet, wird sich zeigen, daß infolge der Preissenkung, welche in den letzten Wochen eingetreten ist, die deutsche Ware auch an Preiswürdigkeit den Fabrikaten anderer Länder gleichkommt.

Gegen die Erhöhung des Einfuhrzolls für Papier. Am 16. d. M. fand im Handelsministerium eine Konferenz der Vertreter der Papier-, Graphischen und Verlagsindustrie statt, an der auch Vertreter des Buchhandels teilnahmen. Es wurde über den Beschluß des Zollkomitees beraten, nach welchem alle Zollvergünstigungen für importiertes Druckpapier aufgehoben werden sollen. Die Teilnehmer der Konferenz einigten sich auf eine geringe Papierimportzoll-Erhöhung unter dem Vorbehalt, daß die Papierfabriken den Papierpreis nicht eher erhöhen werden und nur in solchem Ausmaße, wie sie dazu durch die wirklichen Herstellungskosten gezwungen werden. Man einigte sich ferner dahin, daß das Handelsministerium berufen sein wird, evtl. Änderungen in den Herstellungskosten festzustellen.

Die schwedischen Erzlieferungen für oberschlesische Werke. Die Eisenerzlieferungen Schwedens für oberschlesische Werke, die sonst jährlich mehrere hunderttausend Tonnen betrugen, sind in letzter Zeit sehr zurückgegangen, was an dem geringen Bedarf der Werke, zum Teil aber auch an der Behinderung des Transportes durch die Eisverhältnisse liegt.

Die Hypothekenaufwertungsfrage in Danzig. Die Frage der Aufwertung der Hypotheken ist in Danzig bisher auf eigenem Wege und vor der Behandlung dieser Frage in Deutschland in Angriff genommen worden. Der Staat Danzig hat zum Schutze der Hypothekengläubiger das Sperrgesetz erlassen und vom Senat wurde bei Einführung der neuen Währung besonders betont, daß der Rechtsprechung über etwaige Aufwertungsansprüche nicht vorgegriffen würde. Diese Maßnahmen im Verein mit dem bekannten Reichsgerichtsurteil vom 28. November 1923 haben zur Folge gehabt, daß in sehr vielen Fällen durchaus annehmbare Vergleiche zustande gekommen sind. Die Entwicklung der Hypothekenfrage ist auch nicht ohne Einwirkung auf die Danziger Börse geblieben und hat sich besonders am Pfandbriefamt ausgewirkt. Pfandbriefe sind in kürzester Zeit um ein Vielfaches gestiegen und haben ungefähr den Wert erreicht, der in dem deutschen Verfahren vorgesehen ist. In Danzig ist zwar in dieser Richtung noch keine endgültige Entscheidung gefallen, doch wird vom Senat der Standpunkt vertreten, daß eine gesetzliche Regelung der Hypothekenaufwertungsfrage im Hinblick auf die Verschiedenheit der einzelnen Fälle nicht in Frage kommen könne. Gemessen an der ungleich günstigeren wirtschaftlichen und finanziellen Lage Danzigs würde eine geringe Aufwertung, wie sie in Deutschland vorgesehen ist, nicht zu rechtfertigen sein. Die Börse schöpft aus dieser Beurteilung der Aufwertungsfrage Anregungen, von der besonders Pfandbriefe profitieren.

Geldmarkt.

Valorisationsfrank für den 1. März 1 800 000 Mp.

Die polnische Mark am 28. Februar. Danzig 0,6297—0,6328, Auszahlung Warschau 0,616—0,619; London, Auszahlung Warschau 39 000 000; Prag, Auszahlung Warschau 3,45—4,25.

Warschauer Börse vom 28. Februar. Schecks und Umsätze: Belgien 329 250—326 000, Holland 3 490 000, London 40 250 000—39 925 000, Neuyork 9 347 500—9 300 000, Paris 384 250 bis 381 000, Schweiz 1 620 000—1 610 000, Prag 271 050—264 500, Wien 132,00—131,00, Italien 402 250—400 000, Goldfrank 1 801 000. — Devisen (Barzahlung und Umsätze): Dollar der Vereinigten Staaten 9 345 000—9 300 000.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 28. Februar. In Danziger Gulden wurden notiert für: Verkehrsfreier Scheck: Warschau (1000 000) 0,616 Geld, 0,619 Brief. Banknoten: 100 Rentenmark 131,171 Geld, 131,829 Brief, 1 000 000 polnische Mark 0,6297 Geld, 0,6328 Brief, 1 amerikanischer Dollar 5,803 Geld, 5,832 Brief. Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,00 Geld, 25,00 Brief, Berlin 100 Billionen Reichsmark 128,418 Geld, 129,072 Brief, Zürich 100 Franken 100,75 Geld, 101,25 Brief.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtliche Auszahlungen in Mark	In Millionen 28. Februar Geld	Brief	In Millionen 27. Februar Geld	Brief
Holland Gld.	1566075	1573925	1566075	1573925
Buen.-Air. Pes.	1416450	1425550	1432410	1439515
Belgien 1 Frcs.	149625	150375	153615	154385
Norwegen Kr.	552615	555385	552615	555385
Dänemark Kr.	664335	667665	664335	667665
Schweden Kr.	1097250	1102750	1097250	1102750
Finnland 1 Mk.	105735	106265	105735	106265
Italien 1 Lire	179530	184455	181545	182445
England Pf. St.	18054750	18145250	18054570	18145250
Amerika 1 Doll.	4189500	4210500	4189500	4210500
Frankreich Fr.	174563	175437	177555	178445
Schweiz 1 Frc.	728175	731825	728175	731825
Spanien 1 Pes.	532665	533330	532665	535335
Tokio 1 Yen	1895250	1904750	1895250	1904750
Rio de Jan. 1 Milreis	498750	501250	498750	501250
Dtsch.-Oesterr. 100 Kr. abgest.*	62,842	63,158	62,842	63,151
Prag 1 Krone	122193	122807	122193	122807
Budapest 1 Kr.*	79,999	78,401	99,750	100,250

* In tausend Reichsmark.

Züricher Börse vom 28. Februar. (Amtlich.) Neuyork 5,77¾, London 24,82, Wien 0,0081⅜, Prag 16,75, Italien 24,75, Belgien 20,10, Holland 215,50, Berlin 1,28.

Die Landesdarlehnskasse zahlte heute für 1 Goldmark 2 191 000, 1 Silbermark 870 000, 1 Dollar, große Scheine 9 245 000, kleine 9 152 000, Sterling 39 450 000, franz. Franken 376 000, Schweizer Franken 1 590 000, Zloty, Serie 2a 1 400 000.

Aktienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 28. Februar. (Notierungen in 100 Prozent.) Bankaktien: Bank Przemysłowców 1.—2. Em. 1000. Bank Zw. Spółek Zarobk. 1.—11. Em. 2300. Polski Bank Handl., Poznań, 1.—9. Em. 775. Pozn. Bank Ziemian 1.—5. Em. 250—260. — Industrieaktien: Arcona 1.—5. Em. 500. R. Barcikowski 1.—6. Em. 165. Browar Krotoszyński 1.—5. Em. 950. H. Cegielski 1.—9. Em. 270—280. Centrala Rolników 1.—7. Em. 100. Centrala Skór 1.—5. Em. 800—850. Golplana 1.—3. Em. 400. C. Hartwig 1.—6. Em. 300. Hurtownia Związkowa 1.—5. Em. 40. Herzfeld-Viktorius 1.—3. Em. 1750—1725. Hurt. Spółek Spożywców 1.—2. Em. 220. Iskra 1.—3. Em. 725. Lubań, Fabryka przetw. ziemn. 1.—4. Em. 22 000. Marynin Zakł. ogrodn. w Warszawie 140—125. Dr. Roman May 1.—4. Em. 9100. Młyn Ziemiański 1.—2. Em. 400. Młynotwórnia 1.—5. Em. 350. Przędza" Wecelewski i Śliwiński 120. Płótno 1.—3. Em. 195—200. Papiernia, Bydgoszcz, 1.—4. Em. 200. Piechcin, Fabryka Wapna i Cementu 1550. Pozn. Spółka Drzewna 1.—7. Em. 530—540—530. Pneumatik 1.—4. Em. 40—45. Tkanina 1.—4. Em. 150. „Unja" (früher Bentzki) 1. u. 3. Em. 2750—2850—2775. Wisła, Bydgoszcz, 1.—3. Em. 4200 bis 4300. Wojciechowo Tow. Akc. 1.—3. Em. 255—290. Wytwornia Chemiczna 1.—6. Em. 110—120. Zjed. Browary Grodziskie 1. bis 4. Em. 550—580. Tendenz: fester.

Produktenmarkt.

Danziger Getreidenotierung (amtlich) vom 28. Februar unverändert, ohne Notiz.

Berliner Produktenbericht vom 28. Februar. Amtliche Produktennotierungen für 1000 Kg. ab Station. Weizen märk. 163 bis 168, Tendenz unverändert, Roggen märk. 132—138, westpr. 128—130, unverändert, Braugerste 178—188, Futtergerste 155—160, fest, Hafer märk. 115—120, beständig, Weizenmehl für 100 Kg. 25¼—27¼, unverändert, Roggenmehl 21½—23½, unverändert, Weizenkleie 8,80 bis 9, unverändert, Roggenkleie 7—7,30, unverändert, Raps für 100 Kg. in Mark ab Stationen 2,95, still, Leinsaat für 100 Kg. in Mark 4—4,10, matt, für 100 Kg. in Mark ab Abladestationen: Viktoriaerbsen 27—28, kleine Speiseerbsen 17—18, Futtererbsen 12—13, Peluschken 12—13, Ackerbohnen 13—15, Wicken 14—14,50, blaue Lupinen 13—14,50, gelbe Lupinen 16—16,50, Serradelle 14—15, Rapskuchen 10,70—11, Leinkuchen 21—22, Trockenschnitzel prompt 8,30—8,40, Zuckerschnitzel 16—22, Torfmelasse 8,70—8,80, Kartoffelflocken 17,50—17,75.

Materialienmarkt.

Notierungen der Berliner Metallbörse vom 28. Februar. Preis für 1 Kg. in Goldmark: Raffinadekupfer (99—993 Prozent) 1,20 bis 1,22, Originalhüttenweichblei 0,69—0,70, Hüttenrohzink (im fr. Verkehr) 0,71—0,72, Remalted Plattenzink 0,61—0,62, Originalh.-Alum. (98—99 Prozent) in Blöcken, Walz- oder Drahtb. 2,10, do. in Walz- oder Drahtb. (99 Prozent) 2,20, Bankazinn, Straitszinn und Australzinn 5,40—5,45, Hüttenzinn (mind. 99 Prozent) 5,25 bis 5,30, Reinnickel (98—99 Prozent) 2,30—2,40, Antimon (Regulus) 0,90—0,93, Silber in Barren, ca. 900 f. f. 1 Kg. 96,00.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 28. Februar 1924 in Zawichost —(—), Warschau — (—), Plock — (—), Krakau — (—), Thorn 1,30 (1,34), Fordon 1,05 (1,06), Culm 1,96 (1,95), Graudenz 1,69 (1,64), Kurzebrak 1,52 (1,48), Montau 0,58 (0,40), Pieckel 0,63 (0,61), Dirschau 0,60 (1,64), Einlage 2,06 (2,20), Schiewenhorst 2,28 (2,40) Meter. Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki, Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Ein strammes

Töchterchen

wurde uns heute geschenkt. 2228

In dankbarer Freude

Waldemar Mühlstein

und Frau Elisabeth geb. Wodsack.

Tran, gar. rein,

direkt aus Norwegen importiert,

empfehlen

Ferd. Ziegler & Co.,

Dworcowa 95. 2141

Am 28. d. Mts. verschied nach schwerem Leiden unsere geliebte Mutter, Großmutter, Schwester, Tante und Freundin

Frau Martha Bohm

geb. **Giese.**

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Therese Alltag geb. Giese

Clara Scholz.

Bromberg, den 28. Februar 1924.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 2. März, nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle des alten evgl. Kirchhofs aus statt. 5586

Wer erteilt i. d. Abendstund. **kaufm. Unterricht?** Offerten unter L. 5560 an die Gst. d. Z.

Perf. Schneiderin

f. Dam.- u. Kindergard.

Fr. Berger, 557

Chrobrego 21, II.



Zur Anfertigung von

Trauer-Anzeigen

empfiehlt sich

A. Dittmann,

G. m. b. H.

Bekanntmachung.

Vom 3. März 1924 ab sind bei der unterzeichneten Krankenkasse weitere Lohnklassen eingeführt worden. Aus nachstehender Tabelle ist die Höhe der Beiträge, Leistungen und des Grundlohnes ersichtlich.

Gleichzeitig ersuchen wir die Arbeitgeber, innerhalb 3 Tagen die Höhe des Verdienstes der bei ihnen beschäftigten Personen anzugeben, um die Versicherten in die entsprechenden Lohnklassen einzureihen. 2191

Verdienst für den Tag (bis einschließlich) Mark	die Woche Mark	den Monat Mark	Gruppe	Die Beiträge betragen wöchentlich: zusammen Mark	f. Mitglieder 2/5 Mark	f. Arbeitgeber 3/5 Mark	Krankengeld täglich Mark	wöchentl. Mark	Sterbegeld f. Mitglieder Mark	Fam.-Angeh. Mark	Grundlohn betr. tägl. Mk.
Gruppe 1 bis 28 einschließlich bleibt unverändert.											
13000000	78000000	325000000	29	5460000	2184000	3276000	7200000	50400000	252000000	126000000	12000000
15000000	90000000	375000000	30	6370000	2548000	3822000	8400000	58800000	294000000	147000000	14000000
17000000	102000000	425000000	31	7280000	2912000	4368000	9600000	67200000	336000000	168000000	16000000
20000000	120000000	500000000	32	8417500	3367000	5050500	11100000	77700000	388500000	1942 0000	18500000
23000000	138000000	575000000	33	9782500	3913000	5869500	12900000	90300000	451500000	225750000	21500000
über											
23000000	138000000	575000000	34	11147500	4459000	6668500	14700000	102900000	514500000	257250000	24500000

Kasa Chorych m. Bydgoszczy.

Kirchenzettel.

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Fr.-T. = Freitaufen.

Sonntag, den 2. März 24. (Estomihi).

Bromberg. Paulskirche. Vorm. 10 Uhr: Sup. Aßmann*. Nachm. 4½ Uhr: weibl. Jugendpflege im Konfirmandensaale. Donnerstag, abds 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindehause, Superint. Aßmann.

Ev. Pfarrkirche Vm. 10 Uhr: Pfarrer Hesekiel. 11½ Uhr: Fr.-T. 12 Uhr: Kindr.-Gottesdst. Nachm. 3 Uhr: Sup. Aßmann. Dienstag, abds. 7½ Uhr: Blaukreuzversammlung im Konfirmandensaale.

Christuskirche. Vrm. 10 Uhr: Pf. Wurmbach. Fr.-T.

Luther-Kirche, Frankenstraße 87/88. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, Pf. Laßahn. Nachm. 5 Uhr: Jugendbund. 6 Uhr: Erbauungsstunde.

Ev.-luth. Kirche, Posenerstraße 13. Vorm. 9½ Uhr: Beichte. 10 Uhr: Predigtgottesdst.* Nachm. 3: Christenlehre. Freitag, abds. 7½ Uhr: Gottesdienst, Pf. Paulig.

Ev. Gemeinsch., Libelta (Bachmannstr.) 8. Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst, Pred. Harriefeld. 11 Uhr: Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst*, Pred. Harriefeld. Dienstag, abds. 7½ Uhr: Gemischter Chor. Freitag, abends Bibelbesprechung.

Landesk. Gemeinsch. Marcinkowskiego (Fischerstraße) 8 b. Nchm. 2 Uhr: Sonntagsschule. ½4 Uhr: Jugendbund. 5 Uhr: Evangelisationsversammlung. Mittwoch, abends ½8 Uhr: Bibelstunde, Prediger Guhr.

Baptisten-Gemeinde, Pomorska 26. Vorm. 9½: Gottesdienst, Pred. Becker. 11 Uhr: Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst*. Donnerstag, abds. 7 Uhr: Betstunde.

Prinzenthal. Vorm. 10 Uhr: Missionsgottesdienst, Pf. Michalowski.

Kl. Bartelsee. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, danach Kindergottesdienst.

Wtelno. Nchm. 2 Uhr: Missionsgottesdienst, danach Kdr.-Gottesdienst.

Nakel. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, danach Kdr.-Gottesdienst. Nachm. 3 Uhr: Gottesdst. in Erlau. Mittwoch, abds. 6 Uhr: 1. Passionsandacht.

Weichselhorst. Vorm. 10 Uhr: Missionsgottesdienst.

Kino Kristal

Heute, Freitag, Premiere!

Das phänomenale Weltstadtprogramm!

Närrische Frauen.

Ein Gesell chaftsdrama aus Monte Carlo, dem Spielerparadies der mondänen Welt, in **11** inhaltsreichen Akten.

Zeit der Begebenheit: 3 Monate nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes im Weltkriege. 2227

Wahrhaft ein höllisches Paradies.

Dies moderne Kunstwerk müssen Sie unbedingt sehen, um urteilen zu können,

Beginn: Wochentags: 6.20, 8.30 Uhr.
Sonntags: 3.10 „

Bekanntmachung.

Die Izba Skarbowa in Poznań hat im Einvernehmen mit dem Finanzministerium, dem Magistrat in Bydgoszcz die Amtshandlungen überwiesen, die mit der Einziehung der direkten Staatssteuer d. h. der Gewerbe- und der Einkommen- sowie der Vermögenssteuer im Zusammenhange stehen. 2249

Mit dem 1. März gehen diese Amtshandlungen auf den Magistrat über, der eine besondere Kasse im Urząd Podatkowy, Nowy Rynek 1, eingerichtet hat.

Magistrat. Urząd Podatkowy.

Große Vorteile!

bieten wir Ihnen. 2194

Strümpfe:

Damenstrümpfe „starkfädig" . .	975 000
Damenstrümpfe „Flor"	1 950 000
Damenstrümpfe „Kunstseide" . .	3 250 000
Damenstrümpfe „Auslandsware"	4 850 000

Schuhe:

Damen-Lederschuhe „kräft. Ware"	14 800 000
Herren-Lederstiefel „Doppelsohle"	14 800 000
Damen-Lederstiefel „Warsch. Form"	19 800 000
Lackschuhe „schicke Fassons" . . .	30 800 000

Wäsche:

Damenhemden „Madapolam" . .	4 850 000
Damenhosen „Reform"	4 850 000
Damenhemden „Stickerei" . . .	5 850 000
Damenhosen „Ia Qualität" . . .	6 850 000

Kleider:

Cheviotkleider „für Kinder" . .	7 850 000
Cheviotkleider „für Damen" . .	16 800 000
Seidenkleider „alle Farben" . .	28 800 000
Modellkleider „Reine Wolle" . .	38 500 000

Mäntel:

Sommermäntel „schöne Stoffe" .	26 800 000
Covercoatmäntel „neueste Mode"	38 800 000
Tuchmäntel „solide verarbeitet" .	50 800 000
Kastormäntel „vorneh. Ausführg."	86 500 000

Mercedes, Mostowa 2.

Photograph. Kunstanstalt

F. Basche, Okole-Bydgoszcz.

Anfertigung erstklassig. Arbeiten.

Bis zur Einführung der neuen Valuta auf die Listenpreise 20% **Ermäßigung.** 2082

Hochfeuerfeste

Schamottesteine

für Kessel — Generatoren — Schmelzöfen

sowie Schamottemehl

liefert ab Lager und Ladungen 1607

„Ogniotrwal"

Zentrale feuerfester Materialien

Telefon 1370. Bydgoszcz, Garbary 33.

Kino Nowości.

Heute Premiere!

Auge um Auge

oder: **Die verbannte Tochter.**

Orientalisches Drama aus dem Lande des Sandes, des Blutes und der Sonne in 7 großen Akten. — In der Hauptrolle die unvergleichliche Tragödin, Primaballerina des Petersburger Balletts

Tänzerin der Könige — Königin der Tänzerinnen, Nazimowa.

Beginn um 6.30 und 8.30 Uhr abends. 2238

Lederhandlung u. Schäftefabrik

Moritz Begach, Bydgoszcz

Kościelna (Kirchenstraße) 12. Telephon 1807.

Sohlleder in Hälften	**Lackleder**
Sohlleder in Croupons	**schwarze u. braune Boxcalf**
Bäuche	„ „ „ **Chevreaux**
Hälse	**Schafleder zu Futterzwecken,** in verschiedenen Farben
Brandsohlleder	**Roß-Chevreaux**
Fahlleder	**Roß-Box**

2220

und alle Arten **Schuhmacherartikel** haben wir am Lager.

Ständigen Abnehmern geben wir Kredit.

Wäsche zum Plätten

bei sauber. Ausführung u. schnellster Bedienung nimmt entgegen 086

Glanzplätterei

Pomorska 34,

Seitenhaus I., I.

Zuckerlöse-Apparat

aus Kupfer, bis 200 kg Tagesleistg., sowie eine **Räucherkammer** a. Eis., innen z. Drehen, sof. abzugeben. Besicht. 1-2 U.

5537 **Krasińskiego 14, I.**

Kinderwagen

täglich n. Ware, empf. **Prenß**, Chocimska 16, (Privatwohnung).

Café :: BRISTOL Weindiele

ul. Mostowa 5. Inh.: Klemens Balcer Telefon 308

Morgen, Sonnabend, den 1. März d. J.:

Grosses Benefiz

unseres allgemein beliebt. Orchesters aus Anlaß des

300. Konzerts

unter Leitung d. Kapellmeist. Herrn **M. Orłowski.**

Beginn des Konzerts und Programms um 6 Uhr.

Das Lokal ist bis 4 Uhr nachts geöffnet.

Nach dem Programm: **TANZ.** 2233

Jung. Wolfshund

zugelaufen. **Wodsack,** Dworcowa 79. Tel. 651.

2229

Bocianowo 4

Dort ist die

günstigste

Einkaufsquelle

von allerlei 1996

Polsterwaren

Auflege-Matratz.

Chaiselongues

Klubgarnituren

Sofas u. Stühlen.

Täglich von 9 bis 5 Uhr.

Der Buchkalender

Deutscher Heimatbote in Polen

für das Jahr 1924

— zweite Auflage —

ist zum Preise von **Mk. 1 500 000.**— resp. 1.25 × Buchhändlerschlüsselzahl in allen Buchhandlungen zu haben. Wo nicht vorrätig, bitte beim unterzeichneten Verlage zu bestellen. — Nach außerhalb gegen Vorauszahlung oder Nachnahme zuzüglich 12 000 Mk. für Porto und Verpackung.

A. Dittmann G. m. b. H.

Bydgoszcz. 11223

Zur sofortigen Lieferung mehrere

Turbinen

gesucht

für eine Wassermenge von 2, 3, 4, 5 u. 6 cbm pro Sekunde und ein Gefälle von ca. 3 m. Spiralturbinen und solche mit liegender Welle werden bevorzugt. Offerten mit Preis und Angabe der Herstellungsfirma erbeten an **„Par", Poznań,** Fr. Ratajczaka 8 unter Nr. **9,15.** 2101

Ingenieur-Akademie

(Städt. Polytechnikum). Wismar a. d. Ostsee. Progr. d. d. Sekretar.

Freitag, den 7. März abds. 8 Uhr i. Civil-Kasino

Lieder-Abend

Elisabeth Ohlhoff (Sopran)

Am Flügel: **Emil Bergmann**

Vorverkauf Buchhandlg. Hecht. Num. Plätze für Mitgl. 3000000 und 2500000, für Nichtmitgl. 3200000 und 2700000, Stehpl. 1500000.

Deutsche Bühne

Bydgoszcz T. z.

Freitag, 29. Febr. 1924 abends 8 Uhr:

Neuheit! Neuheit!

Zum ersten Male!

Familie Hannemann. 2231

Schwank in 3 Akten von Reimann u. Schwartz.

Sonntag, 2. März 1924 abends 8 Uhr:

Tänzerin aus Liebe

Operette in 3 Akten von Walter Roll, Musik von **Wilhelm v. Winterfeld.**

Auf Grund einer besonderen Genehmigung des Finanzministeriums

eröffnen wir laufende Rechnungen in Devisen und fremden Valuten.

Die Ein- und Auszahlungen sowie Zahlung der Prozente erfolgen in effektiver ausländischer Währung ohne Prüfung des Herkommens der Valuten.

Erledigen alle Bankgeschäfte.

Nehmen Zeichnungen auf Aktien der Bank Polski entgegen.

Erledigen alle Bankgeschäfte.

Bank M. Stadthagen Tow. Akc.

2178